A. Die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen

Handel ist die wohl elementarste Form von Beziehungen zwischen Gesellschaften und Staaten. Das Interesse an Handelsbeziehungen kannte im Europa des 20. Jahrhunderts weder politische noch ideologische Grenzen. Auch die ideologische Grenze des Kalten Krieges, die die Entwicklung politischer, kultureller und privatgesellschaftlicher Beziehungen zwischen Ost und West beträchtlich erschwerte, wurde auf der Ebene der Handelsbeziehungen relativ mühelos überwunden. Dies galt ebenso für die Beziehungen mit der DDR, wo die Hürde aus politischer Sicht besonders hoch lag. Dementsprechend gingen die französisch-ostdeutschen Beziehungen auf wirtschaftlicher Ebene immer den Beziehungen auf den anderen Ebenen voran. So wurden bereits wenige Monate nach dem Übergang von der SBZ zur DDR Gespräche geführt, um den Handel zwischen Frankreich und der DDR vertraglich zu regeln. Und auch nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten dauerte es nur wenige Monate bis zur Unterzeichnung eines ersten offiziellen Abkommens, während in anderen Bereichen Jahre vergingen. Bezogen auf das französische Außenhandelsvolumen insgesamt, blieben die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR bis 1989 jedoch bedeutungslos (weniger als 1%). Das dennoch nicht geringe französische Interesse an diesen Beziehungen basierte sowohl auf politischen als auch auf wirtschaftlichen Motiven. Vor allem in den 1950er und in den 1960er Jahren bot dieser Kanal für die französische Diplomatie die Möglichkeit, Kontakte zu einem Staat zu unterhalten, dessen Existenz man aus politischen Gründen nicht anerkennen konnte. Dennoch stand hinter dem Interesse an Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR spätestens seit Anfang der 1960er Jahre weniger eine politische als vielmehr eine wirtschaftspolitische Strategie. Ursache dafür waren unter anderem die Schwierigkeiten der französischen Wirtschaft, nach 1945 wieder Tritt zu fassen. Deutlich wurde dies an dem Umstand, dass nicht die wirtschaftliche Ebene der politischen Einflussnahme diente, sondern umgekehrt, wovon auch das Engagement zahlreicher Parlamentarier zeugt. In Wirtschaftskreisen erhoffte man sich, verstärkt seit dem Ende der 1960er Jahre und gerade angesichts des im Vergleich zu den innerdeutschen Handelsbeziehungen geringen Handelsvolumens, enorme Wachstumsraten.¹

¹ Zu den Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und der DDR sind bislang nur zwei kleinere Artikel erschienen, cf. Scholz, Rahmenbedingungen und Praxis systemübergreifender Wirtschaftsbeziehungen vor der diplomatischen Anerkennung der DDR durch Frankreich; sowie ders., Zu den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und der DDR; hinzu kommen die Erinnerungen von Gerhard Beil, der von 1961 bis 1990 in diesem Bereich der französisch-ostdeutschen Beziehungen eine zentrale Rolle gespielt hat, cf. Beil, Außenhandel und Politik, S. 123–149; zu den innerdeutschen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen cf. Fässler, Durch den „Eisernen Vorhang“; sowie Nakath, Deutsch-deutsche Grundlagen; zur Wirtschaftsgeschichte der DDR cf. Steiner, Von Plan zu Plan; zu den Außenhandelsbeziehungen Frankreichs cf. Nezeys, Les relations économiques extérieures, S. 144–180; sowie Lattre, Histoire de la politique économique française.

I. 1952–1967: Von den Handelsbeziehungen als Diplomatieersatz zu wirtschaftlicher Kooperation

1. Die Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen im Rhythmus alljährlicher Abkommen und Zugeständnisse

Bereits 1947 wurden Verhandlungen mit der sowjetischen Militärregierung über ein Abkommen geführt, das den Zahlungsverkehr für den Handel zwischen Frankreich und der sowjetischen Besatzungszone regeln sollte.² Der Handel wurde in diesen Jahren auf Dollarbasis abgewickelt, weshalb die DDR eigentlich nur jene Produkte an Frankreich verkaufen konnte, die Frankreich für Importe auf Dollarbasis vorgesehen hatte. Da diese Importe aber an die vom Marshallplan vorgesehene amerikanische Unterstützung gebunden waren, blieb als Ausweichlösung nur der Kompensationshandel.³ Seit dem 1. Mai 1948 wurden für den Handel mit der SBZ Lizenzen ausgegeben.⁴ Erste Gespräche über ein Handelsabkommen wurden im Januar 1949 zwischen den deutschen Verwaltungsbehörden der SBZ und der französischen Militärregierung in Berlin geführt.⁵

Dass der Handel mit diesem Teil Deutschlands nur sehr langsam wieder aufgenommen wurde, hatte verschiedene Gründe. Neben der allgemeinen Zerstörung und der deutschen Teilung spielten vor allem die sowjetischen Demontagen und die Neuausrichtung der SBZ-/DDR-Wirtschaft nach Osten hin eine wichtige Rolle. Nach einer ersten Phase, in der die SBZ nicht in der Lage war zu exportieren, entwickelte sich allmählich ein Kompensationshandel. Im Wert von jährlich ungefähr einer Million US-Dollar verkaufte die französische Seite in der Hauptsache Phosphate aus Nordafrika und einige chemische Produkte, während die ostdeutsche Seite vor allem Kartoffeln, Zuckerrüben sowie Büro- und Textilmaschinen absetzte. Wie bereits beim Handel mit diesem Teil Deutschlands vor dem Krieg überstiegen die ostdeutschen Bestellungen die eigenen Exporte um ein Vielfaches. Eine Lösung dieses Problems scheiterte zunächst an der Forderung der DDR nach einem offiziellen Handelsabkommen, das ohne eine Anerkennung der DDR jedoch nicht geschlossen werden konnte. Und gegen eine Fortsetzung des privaten Kompensationshandels sprach die Festigung der sozialistischen Planwirtschaft. Die DDR bot Frankreich deshalb Anfang 1950 den Abschluss eines Finanzprotokolls in Verbindung mit einer Vereinbarung über die für den bilateralen Handel vorgesehenen

² CAEF, Trésor, B 55827: Schreiben des Commissariat général aux affaires allemandes et autrichiennes vom 7. 7. 1947 an das GMFB.

³ Ibid.: Note der DREE, de Lavergne, vom 26. 4. 1948.

⁴ Ibid.: Avis aux importateurs et exportateurs concernant les échanges de marchandises entre la France et la zone soviétique d'occupation en Allemagne, veröffentlicht im JO am 1. 5. 1948.

⁵ CAEF, DREE, B 60396/1: Note von Grenet vom 17. 1. 1949 für den Conseiller commercial in Bonn.

Waren an.⁶ Entscheidend für Frankreich war dabei, dass alles vermieden wurde, was als De-facto-Anerkennung hätte ausgelegt werden können. Um einer offiziellen Zustimmung zu einem solchen Abkommen durch ein französisches Ministerium aus dem Weg zu gehen, wurde beschlossen, dass die ministerielle Genehmigung der *Banque de France* und dem französischen Handelsrat in Deutschland per Brief zu übermitteln sei, ohne die Gegenseite davon in Kenntnis zu setzen.⁷

Die 1950er Jahre: Von den ersten Abkommen zu einem Modus vivendi

Bei den Verhandlungen, die im November 1950 begannen, konnte ein grundsätzliches Einverständnis zwischen beiden Seiten erzielt werden. Dennoch setzte die ostdeutsche Seite die Verhandlungen ohne eine Begründung unbefristet aus. Man nahm an, dass die Normalisierung der Handelsbeziehungen im Kontext der aktuellen sowjetischen Deutschlandpolitik an Bedeutung verloren habe.⁸ Unterdessen hatte das französische Wirtschaftsministerium die französischen Exporteure dazu gebracht, das System privater Kompensation zu reduzieren und sich für den Handel mit der DDR zusammenzuschließen. Die nun praktizierte Zusammenfassung verschiedener Kompensationsprojekte entsprach im Prinzip den Warenlisten, die man eigentlich im Rahmen eines Finanzprotokolls aushandeln wollte.⁹ Bemerkenswert ist, dass manche dieser Kompensationsgeschäfte zwischen Frankreich und der DDR sogar in Moskau abgewickelt wurden.¹⁰

Ein Jahr später, im November 1951, wurden auf ostdeutsche Initiative die Verhandlungen wieder aufgenommen. Bei dieser Gelegenheit wurde ein Finanzprotokoll paraphiert, das im Wortlaut dem entsprach, worauf man sich bereits ein Jahr zuvor geeinigt hatte.¹¹ Das Abkommen sah vor, dass der Handel in französischen Francs über ein Konto der Deutschen Notenbank bei der *Banque de France* abgewickelt werden sollte. Die Möglichkeit einer kurzfristigen Überziehung des Kontos war grundsätzlich gegeben. Für den Fall, dass der Saldo am Ende eines Vertragszeitraums nicht mit Warenlieferungen ausgeglichen werden konnte, sollte dies von einer der beiden Banken mit Zahlungen in einer Drittwährung geregelt werden (als Beispiel werden Schweizer Franken genannt). Die Gültigkeit des Abkommens sollte sich für jeweils um ein Jahr verlängern, falls es nicht zuvor widerrufen würde.¹² Die Zeit privater Kompensationsgeschäfte war damit beendet. Das

⁶ CAEF, Trésor, B 55827: Note der DREE, Filippi, vom 29. 4. 1950 für den Minister: „Nous estimons que, dans l'état actuel de nos relations avec l'Allemagne orientale, ces propositions méritent un examen attentif, et qu'il convient de répondre à la tendance qu'elles manifestent par une égale bonne volonté.“

⁷ Ibid.: Note der DREE, Filippi, vom 29. 4. 1950 für den Minister; die Note ist zum Zeichen des Einverständnisses am 12. 6. 1950 vom Minister gegengezeichnet worden.

⁸ CAEF, DREE, B 60396/1: Telegramm aus Berlin, Noblet, vom 5. 1. 1951.

⁹ CAEF, Trésor, B 55827: Note der DREE, Clappier, vom 9. 10. 1951 für den Minister.

¹⁰ AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 733, f. 001 f.: Telegramm aus Berlin, Noblet, vom 18. 4. 1952; sowie ibid., 730, f. 083: Telegramm aus Berlin, Mille, vom 26. 5. 1952.

¹¹ CAEF, Trésor, B 55827: Note der Finex, Guindey, vom 29. 11. 1952 für den Minister.

¹² CAEF, Trésor, B 532/2: Arrangement financier entre la Banque de France et la Deutsche Notenbank vom 4. 1. 1952.

Abkommen war das erste seiner Art, das zwischen einem westeuropäischen Staat und der DDR zustande kam und diente in den folgenden Jahren als Modell für weitere bilaterale Abkommen.¹³

Was die Warenlisten betraf, so war eine Einigung sehr viel schwieriger zu erzielen. Für 1952 wurde nur eine Liste mit den zentralen Handelsgütern erstellt, die den Handel mit von dieser Liste nicht erfassten Gütern im Laufe des Jahres jedoch prinzipiell zuließ.¹⁴ Bei den Verhandlungen über die Warenlisten für das Jahr 1953 forderte die ostdeutsche Seite die Gewährung eines Kredites für den Fall, dass sich der Saldo des Kontos der Deutschen Notenbank kurzfristig im Soll befände. Da der ostdeutsche Markt für die französische Wirtschaft von Interesse war, wurde einem Kredit (Swing) in Höhe von 10% des Handelsvolumens bis maximal 300 000 US-Dollar zugestimmt. Als Garantie akzeptierte man die Eröffnung eines bei der Deutschen Notenbank in Ost-Mark geführten Kontos für die *Banque de France*.¹⁵ Aufgrund der schwierigen Situation der ostdeutschen Wirtschaft gerieten die Verhandlungen über ein Handelsabkommen dennoch an einen toten Punkt.¹⁶

Erst im November 1953 wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Auf französischer Seite nahmen unter anderem der Handelsrat des französischen Hochkommissariats in Bonn und der Handelsattaché der französischen Militärregierung in Berlin daran teil. Während über die französischen Exporte sofort Einigkeit erzielt werden konnte, bestanden Schwierigkeiten hinsichtlich der ostdeutschen Exporte.¹⁷ Von französischer Seite wurde das Fehlen fertiger Industrieprodukte sowie das im Vergleich dazu bestehende Überangebot landwirtschaftlicher Erzeugnisse bemängelt.¹⁸ Das Scheitern der Verhandlungen wurde vom Vertreter der *Banque de France* zu gleichen Teilen dem mangelnden Realismus des französischen Ministeriums und der Trägheit der ostdeutschen Verwaltung zugeschrieben. Entscheidend sei jedoch, dass Frankreich Gefahr laufe, mit dem hier praktizierten außenhandelsfeindlichen Protektionismus den ostdeutschen Markt an die westeuropäische Konkurrenz zu verlieren.¹⁹ Der Hohe Kommissar Frank-

¹³ AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 731, f. 222ff.: Undatierte Note des Conseiller commercial, Lefort, über die Herbstmesse 1954.

¹⁴ CAEF, Trésor, B 55827: Note der Finex vom 25. 1. 1952 für den Minister.

¹⁵ Ibid.: Note der Finex vom 16. 4. 1953 für den Minister: „Il y a, en effet, d'un point de vue général, intérêt à encourager un certain développement de nos échanges avec l'Allemagne de l'Est, qui est susceptible de nous fournir différents produits essentiels et de constituer un marché intéressant pour certaines de nos industries d'exportation.“ Die Note ist zum Zeichen des Einverständnisses vom Minister gegengezeichnet worden.

¹⁶ Ibid.: Note von Klein vom 29. 4. 1953 für Lefort.

¹⁷ Ibid.: Note der Banque de France vom 12. 11. 1953 über die Verhandlungen vom 8. 11. bis zum 10. 11. 1953 in Berlin.

¹⁸ CAEF, DREE, B 60396/1: Note des Attaché commercial, Berlin, vom 28. 11. 1953.

¹⁹ CAEF, Trésor, B 55827: Note der Banque de France vom 12. 11. 1953: „[...] l'Allemagne de l'Est constitue un marché secondaire qu'il ne faut pas négliger car les pays les mieux placés au départ peuvent, par la suite, faire un plus gros chiffre d'échanges. Nous sommes par contre handicapés par le peu de dynamisme des commerçants français, mais aussi par des positions trop restrictives de notre ministère de la Production industrielle, soutenu par la DREE qui adopte son point de vue et dont la politique conduit à un repliement sur nous-même, à un malthusianisme économique et, en définitive, à la dégradation de nos marchés extérieurs.“

reichs in Deutschland verwies in diesem Zusammenhang auf das Beispiel Belgiens, das Frankreich als Ansporn dienen sollte, um aus der gegenwärtigen Sackgasse herauszufinden und ebenfalls von den Möglichkeiten des sich öffnenden ostdeutschen Marktes zu profitieren.²⁰ Auch der französische Handelsattaché in Berlin mahnte eindringlich, die Verhandlungen mit der DDR nicht aufzugeben, und bat darum, sie mit einem ausreichenden Handlungsspielraum weiterführen zu dürfen. Für die DDR habe ein solches Abkommen hohe Priorität und Frankreich habe ein unverkennbares Interesse an einem funktionierenden Handel: in politischer Hinsicht, weil damit eine wichtige Verbindung zu einem Land geschaffen würde, zu dem ansonsten kaum Kontakte bestünden; in wirtschaftlicher Hinsicht, weil die französische Industrie auf der Suche nach neuen Absatzmärkten war und obendrein in der Lage, bestimmte ostdeutsche Bedürfnisse zu befriedigen.²¹ Das Einverständnis der französischen Seite, im Rahmen des Handels mit der DDR auch chinesische Waren zu importieren, und ein offensichtlich sehr konzilientes Verhalten der DDR brachten nur wenige Tage später den entscheidenden Durchbruch.²²

Am 9. Dezember 1953 begann der vertraglich geregelte Kompensationshandel zwischen beiden Staaten mit einem Abkommen über zwei Listen, die den Warenaustausch für das Jahr 1954 definierten: eine Liste mit den DDR-Exporten für Frankreich und eine weitere Liste mit den französischen Exporten für die DDR. Dieses erste sogenannte Handelsabkommen in Form eines sehr sorgsam formulierten Briefwechsels – um jeglichen Anschein einer indirekten Anerkennung zu vermeiden – trat mit der Unterschrift des Leiters der *Services commerciaux français* in Deutschland, Bernard Lefort, für den Zeitraum eines Jahres in Kraft. Den vertraglichen Rahmen bildete das Abkommen zwischen der Notenbank der DDR

²⁰ AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 731, f. 022: Telegramm aus Bonn, François-Poncet, vom 10. 11. 1953: „[...] j'estime que nous avons intérêt, économiquement comme politiquement, à donner rapidement une nouvelle base contractuelle à nos échanges avec l'Allemagne orientale, qui rouvre actuellement son marché aux produits occidentaux et qui montre depuis quelque temps beaucoup plus de bonne volonté à l'égard de nos exportations que les années précédentes. Les autres pays d'Europe occidentale, saisissant l'occasion que le ‚Neue Kurs‘ leur offre, s'efforcent de développer leurs échanges avec la zone soviétique. [...] L'exemple de la Belgique ne pourrait-il nous inspirer? De toutes parts on exprime chez nous une volonté, fondée, d'ailleurs, sur un réel besoin, d'expansion économique. [...] Le département jugera peut-être qu'il conviendrait d'assouplir quelque peu les instructions envoyées à notre conseiller commercial, afin de tenter de sortir de l'impasse où nous sommes engagés et de donner à M. Lefort la possibilité de reprendre utilement ses conversations avec les représentants de la DDR.“

²¹ CAEF, DREE, B 60396/1: Note des Attaché commercial, Berlin, vom 28. 11. 1953: „Les exportateurs français sont contraints de rechercher des débouchés nouveaux. Ils s'orientent de plus en plus vers les pays de l'Est. L'Allemagne orientale a besoin de nombreux produits que nous pouvons lui fournir sans aucune peine. La difficulté est de trouver des contreparties à l'importation en France.“

²² AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 731, f. 029ff.: Schreiben der franz. Hochkommissariats, Bonn, vom 17. 12. 1953 an das MAE, DEU; sowie *ibid.*, 733, f. 028f.: Telegramm aus Bonn, Bérard: „La bonne volonté de la délégation allemande qui, il faut le reconnaître, a fait la majeure partie des concessions, s'est particulièrement manifestée dans la phase ultime des négociations, et spécialement le dernier jour, où, dans toutes les questions encore ouvertes, elle a fini par adopter le point de vue français.“

und der *Banque de France*. Weiterhin war ein Treffen in der ersten Jahreshälfte 1954 vorgesehen, um die Realisierung des in den Listen festgelegten und im Vergleich zu 1951 vervierfachen Handelsvolumens zu überprüfen. Beide Listen konnten auch während des Vertragszeitraums bei gegenseitigem Einverständnis verändert oder ergänzt werden.²³ Die Listen sahen vor, dass Frankreich unter anderem Dünger, Phosphate, Natronlauge, Walzwerkerzeugnisse, aber auch Lebensmittel (Südfrüchte, Weine, Kakaobohnen etc.) im Wert von insgesamt vier Millionen US-Dollar verkaufen sollte. Die DDR sollte im Gegenzug unter anderem Grünen Tee und Seide aus China sowie Rechenmaschinen und chemische Produkte für denselben Betrag liefern.²⁴ Von den zehn Millionen US-Dollar Handelsvolumen der belgisch-ostdeutschen Beziehungen war man allerdings noch weit entfernt.

Erneuert wurde das Abkommen für das folgende Jahr erst am Rande der Leipziger Frühjahrsmesse 1955, weil die im Laufe des Jahres erhöhten Kontingente noch nicht aufgebraucht waren.²⁵ Tatsächlich kämpfte die DDR mit großen Liefer Schwierigkeiten.²⁶ Dennoch war eine Steigerung des Handelsvolumens gegenüber dem Vorjahr um 20% auf insgesamt sechs Millionen US-Dollar vorgesehen. Neu wurden unter anderem Hopfen und Textilwaren aus Frankreich in die Warenlisten aufgenommen. Im Verhältnis zum Umfang von Territorium und Bevölkerung der DDR blieb das Handelsvolumen jedoch auf einem zu vernachlässigenden Niveau, was unverändert am Fehlen geeigneter Exportgüter aus der DDR lag.²⁷

Zumindest die Erfüllung der Handelsvereinbarung von 1955 wurde von französischer Seite als zufriedenstellend angesehen. Das Ungleichgewicht zwischen den französischen Exporten und den Importen aus der DDR wurde zunehmend in freien Devisen ausgeglichen, während der reine Kompensationshandel allmählich an Bedeutung verlor.²⁸ Eine weitere Steigerung des Handelsvolumens wurde von ostdeutscher Seite allerdings an die Bedingung geknüpft, dass die Verhandlungen künftig durch Vertreter des zuständigen französischen Ministeriums geführt werden würden. Der Vorschlag wurde von der französischen Botschaft in Bonn jedoch mit dem Hinweis auf den dadurch entstehenden negativen Eindruck in der Bundesrepublik und das vitale Interesse der DDR am Handel mit Frankreich zurückgewiesen.²⁹ Unterstützung erhielt die DDR für ihre Forderung aller-

²³ CAEF, Trésor, B 55827: Schreiben des Conseiller commercial, Lefort, vom 9. 12. 1953 an den Direktor der DIA.

²⁴ Ibid.: Liste A (Livraisons de la zone franc à la zone monétaire du Deutsche Mark de la Deutsche Notenbank) und Liste B (Livraisons de la zone monétaire du Deutsche Mark de la Deutsche Notenbank à la zone franc).

²⁵ Ibid.: Schreiben der Services commerciaux français en Allemagne, Lefort, vom 6. 3. 1955 an die DIA-Kompensation.

²⁶ Ibid.: Note von Hullo vom 16. 12. 1954 für Lefort.

²⁷ CAEF, DREE, B 54922: Note der DREE, Clappier, vom 8. 2. 1956 für den Minister: „Le peu d'importance de cette somme s'explique par le fait que l'Allemagne orientale, malgré l'étendue de son territoire et le chiffre élevé de sa population, ne dispose guère de produits intéressants à nous livrer.“

²⁸ CAEF, DREE, B 60402/1: Note des Attaché commercial, Hullo, vom 5. 5. 1956 für die DREE.

²⁹ AMAE, RDA 1956–1960, 20, f. 002: Telegramm aus Bonn, Joxe, vom 13. 4. 1956.

dings indirekt durch französische Händler. Der Präsident der *Association nationale des importateurs et exportateurs français* kritisierte in einem Interview mit der ostdeutschen Presse die derzeitige Form des Abkommens, da es aus Sicht seines Verbandes große Unwägbarkeiten berge.³⁰ Die Forderung der DDR nach einem offiziellen Abkommen wurde sogar zum Thema einer interministeriellen Sitzung. Weil dies einer De-facto-Anerkennung gleichgekommen wäre, wurde sie durch den Vertreter des *Quai d'Orsay* strikt abgelehnt. Sollte sich die DDR weigern, ein dem vorjährigen vergleichbares Abkommen auszuhandeln, sollten die Verhandlungen durch das nicht staatliche *Comité national du commerce extérieur* (kurz CNCE) weitergeführt werden.³¹

Da man sich nicht einigen konnte, wurde das laufende Abkommen zunächst nur um einige Monate verlängert.³² Erst im Juli gelang es, einen für beide Seiten akzeptablen Kompromiss auszuhandeln, ohne dass sich dabei am grundsätzlichen Schema gegenüber den Vorjahresabkommen etwas geändert hatte. Ostdeutscher Vertragspartner war zwar nun die Kammer für Außenhandel; auf französischer Seite unterzeichnete jedoch unverändert der Handelsrat der französischen Botschaft in Bonn. Wegen des bereits fortgeschrittenen Kalenderjahres einigte man sich auf eine Laufzeit von achtzehn Monaten. Und obwohl die DDR eine neue Vertragsform dafür zur Bedingung gemacht hatte, wurde das globale Handelsvolumen – auf nunmehr 12,8 Millionen US-Dollar – erhöht.³³ Weil es bis Ende 1957 von der DDR nur in sehr geringem Umfang tatsächlich genutzt wurde, beschloss man, statt einer Erneuerung des Abkommens die DDR zunächst zur Erfüllung der von ihr eingegangenen Verpflichtungen aufzufordern.³⁴ Erst am Rande der nächsten Leipziger Frühjahrmesse wurde ein neues Abkommen ausgehandelt, dessen globales Volumen sich inzwischen auf 20,2 Millionen US-Dollar belief.³⁵ Die bedeutendste Veränderung für dieses Jahr war das Ausscheiden von Marokko und Tunesien, die künftig eigenständig mit der DDR verhandelten.³⁶

Bei den französischen Diplomaten bestand Unklarheit darüber, ob die Anstrengungen der DDR im Außenhandel materieller Notwendigkeit geschuldet waren oder ob es sich vorrangig um diplomatische Manöver handelte, wie es westdeutsche Diplomaten ihnen nahelegten. Die französische Botschaft in Bonn sprach sich dafür aus, unabhängig von ostdeutschen Motivationen die wirtschaftliche Öffnung der DDR zu unterstützen, auch um die wirtschaftliche Integration der

³⁰ Ibid., f. 009f.: Schreiben des GMFB, de Chalvron, vom 17. 5. 1956 für das MAE.

³¹ CAEF, DREE, B 54922: Note der DREE, Clappier, vom 8. 2. 1956 für den Minister.

³² CAEF, Trésor, B 55827: Schreiben der Services commerciaux français en Allemagne, Lefort, vom 7. 4. 1956 an die DIA-Kompensation, Wolter.

³³ CAEF, DREE, B 54922: Note der DREE, Drillien, vom 23. 7. 1956 für den Minister.

³⁴ Ibid.: Note der DREE vom 4. 12. 1957 für den Minister: „Dans ces conditions, il a été convenu, en accord avec les divers ministères compétents, de ne pas renouveler dès maintenant l'arrangement du 12 juillet 1956. [...] Nous pourrions d'autant plus facilement nous montrer très fermes à cet égard que l'Allemagne orientale, en dehors de quelques livraisons de caoutchouc artificiel (Buna) et de fournitures insignifiantes de papier journal, ne nous fournit aucun produit présentant un intérêt réel pour notre économie.“

³⁵ CAEF, Trésor, B 532/2: Listen des am 31. 3. 1958 unterzeichneten Handelsabkommens.

³⁶ CAEF, DREE, B 54922: Note der DREE, Drillien, vom 15. 4. 1958 für den Minister.

beiden deutschen Staaten im Falle einer Wiedervereinigung zu erleichtern.³⁷ Das Verhältnis zur Bundesrepublik hinsichtlich der Handelsbeziehungen mit der DDR war jedoch von Beginn an gespalten. Einerseits wurde der innerdeutsche Handel als eine Möglichkeit zur Aufrechterhaltung der inneren Einheit Deutschlands angesehen, andererseits jedoch auch mit großer Skepsis als ein von der Bundesrepublik genutztes Mittel betrachtet, um den Ost-West-Handel zu monopolisieren. In diesem Zusammenhang wurde zum Beispiel auf Waren aus Frankreich verwiesen, die von der Bundesrepublik an die DDR weiterverkauft wurden.³⁸ Um die Notwendigkeit unmittelbarer Beziehungen mit der DDR in aller Deutlichkeit herauszustellen, hatte der Handelsrat der französischen Botschaft in Bonn, Bernard Lefort, diese Tendenzen zwei Jahre zuvor sogar mit Vorstellungen aus der Zeit des Nationalsozialismus in Verbindung gebracht.³⁹ Mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957 wurde der innerdeutsche Handel durch ein Zusatzprotokoll zum Binnenhandel erklärt, während der Handel zwischen den übrigen Mitgliedsstaaten der EWG und der DDR den Außenhandelsrichtlinien der EWG unterworfen wurde. Diese von der französischen Wirtschaft häufig als ungerechtfertigte Begünstigung der westdeutschen Wirtschaft auf dem ostdeutschen Markt aufgefasste Grundsituation führte in den folgenden Jahrzehnten zu zahlreichen Spannungen.

1955 kam erstmals die ostdeutsche Forderung nach einer Handelsvertretung der DDR in Paris auf. Die französische Botschaft in Bonn befürchtete jedoch, dass die DDR eine solche Vertretung für sehr viel mehr als nur für wirtschaftliche Belange nutzen werde, und sprach sich dagegen aus.⁴⁰ Nach Informationen des französischen Innenministeriums hielten sich seit Mitte 1956 dennoch insgesamt vierzehn Ostdeutsche über einen längeren Zeitraum in Paris auf, die für Vertragsabschlüsse mit französischen Firmen arbeiteten. Eine vor allem von der westdeutschen Botschaft unterstellte konsularische Betätigung dieser Personen im Dienste

³⁷ AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 732, f. 193ff.: Schreiben der franz. Botschaft in Bonn, de Margerie, vom 22. 12. 1955 an das MAE, DEU: „Faut-il, au contraire, sinon encourager, du moins ne pas contrecarrer une expansion commerciale dont les impératifs obligent les autorités de Pankow à rendre une certaine liberté à l'initiative privée, et qui peut, de la sorte, faciliter l'intégration économique des deux Allemagnes, dans le cas d'une éventuelle réunification?“

³⁸ Im Auswärtigen Amt ist man sich dieses Problems bewusst, es wird aber nichts unternommen, um den für Frankreich entstehenden wirtschaftlichen Nachteil zu reduzieren, cf. PA/AA, B 24, 567: Note der Abt. I A 3 vom 20. 9. 1966 an die Abt. III A 4.

³⁹ AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 733, f. 003ff.: Schreiben des Conseiller commercial, Lefort vom 5. 3. 1953 an das MinEF, DREE: „Plus que dans le cas des autres démocraties populaires il est nécessaire d'avoir avec ce territoire des relations directes et de les intensifier. [...] Il est normal que les Allemands de la République fédérale soient des censeurs impitoyables de tout commerce de quelque importance de l'Ouest avec l'Est. Plus ils contribuent à le rendre impossible et plus les nécessaires échanges Est-Ouest passent par leur territoire, leur laissant de fructueuses commissions. L'Allemagne, seule intermédiaire possible entre l'Est et l'Ouest, tel est le rêve hérité de l'époque hitlérienne que conçoivent nombre d'entre eux. Le contact, on ne saurait trop le répéter, doit être maintenu directement avec l'Allemagne orientale et être développé.“

⁴⁰ Ibid., f. 051f.: Schreiben der franz. Botschaft in Bonn, de Margerie, vom 18. 3. 1955 an das MAE, DEU.

der DDR konnte allerdings nicht festgestellt werden.⁴¹ Unter ihnen war auch ein Vertreter der Kammer für Außenhandel, dessen Aufenthalt aber völlig inoffiziell war, sodass er nach jeweils drei Monaten die allergrößten Schwierigkeiten hatte, seine Aufenthaltsgenehmigung zu verlängern. Dieser KfA-Vertreter nahm Anfragen von französischen Firmen entgegen und ersparte ihnen damit schwierige und teure Reisen in die DDR. Für das französische Wirtschaftsministerium bestand mithin ein Interesse, dem von der DDR im Mai 1957 gestellten Antrag auf Eröffnung einer KfA-Vertretung in Paris zu entsprechen.⁴² Zunächst begnügte man sich mit einer administrativen Besserstellung des KfA-Mitarbeiters. Mit der Steigerung des Handelsvolumens entwickelte sich in den folgenden Jahren (bis 1961) eine funktionierende KfA-Vertretung mit insgesamt sieben Mitarbeitern, deren Status nicht selten zum Gegenstand der jährlichen Verhandlungen wurde.

Die Umsetzung des am 1. April 1958 in Kraft getretenen Handelsabkommens war aus Sicht der für den Außenhandel zuständigen Abteilung des Wirtschaftsministeriums (kurz DREE) zufriedenstellend, obwohl die Handelsbilanz 1958 für Frankreich erstmals leicht defizitär war. Aus diesem Grunde wurde vorgeschlagen, das laufende Abkommen zu verlängern beziehungsweise mit dem für 1959 geplanten Abkommen zu fusionieren. Der DDR wurde damit die Möglichkeit eingeräumt, bislang ungenutzte Kredite auch im Folgejahr noch in Anspruch nehmen zu können.⁴³ Bei einer nahezu ausgeglichenen Handelsbilanz und dem im Gegensatz zu den Vorjahren gestiegenen Handelsvolumen war man auch mit dem Ergebnis des folgenden Jahres grundsätzlich zufrieden.⁴⁴

Zu einer merklichen Steigerung der französischen Exporte in den französisch-ostdeutschen Handelsbeziehungen kam es jedoch erst in den Jahren 1960 und 1961. Dies lag vor allem am sprunghaften Anstieg des Exports von Stahlprodukten in die DDR. Allein in den ersten fünf Monaten des Jahres 1960 hatte die zuständige DDR-Gesellschaft für mehr als drei Millionen US-Dollar Feinbleche in Frankreich eingekauft. Hinzu kamen mehrere Verträge über eine Laufzeit von fünf Jahren, unter anderem mit Schneider-Creusot über die Lieferung von jährlich 300 Tonnen Stahl.⁴⁵ Nachdem man zu Beginn der 1950er Jahre französische Firmen nur mit Mühe für den Handel mit der DDR hatte interessieren können, sah man sich jetzt genötigt, Erwartungen an ebendiesen Handel zu dämpfen. So wies man den Präsidenten des *Syndicat national des industries d'équipement* nach einem Besuch der Leipziger Messe auf die Diskrepanz zwischen dem von der

⁴¹ AMAE, RDA 1956–1960, 20, f. 016: Schreiben des MinInt, Direction générale de la sûreté nationale, vom 19. 4. 1957 an das MAE, S/DEUC.

⁴² CAEF, DREE, B 54922: Schreiben des Secrétariat d'État aux Affaires économiques vom 8. 8. 1957 an das MinInt: „Il semble donc qu'il y aurait un intérêt certain, du côté français en premier chef, à maintenir en France la présence d'un représentant de la Chambre du commerce extérieur tant qu'un arrangement continuera d'exister entre la Banque de France et la Deutsche Notenbank.“

⁴³ CAEF, Trésor, B 532/2: Note der DREE vom 18. 11. 1958 für den Conseiller commercial in Bonn.

⁴⁴ CAEF, DREE, B 54922: Note der DREE, Drillien, vom 1. 2. 1960 für den Minister.

⁴⁵ AMAE, RDA 1956–1960, 20, f. 045 f.: Note des Attaché commercial, Lombard, vom 2. 6. 1960.

DDR manifestierten Interesse und den tatsächlichen Expansionsmöglichkeiten der bilateralen Handelsbeziehungen hin.⁴⁶ Zwar hatte man der DDR mit dem aktuellen Handelsabkommen eine größere Importmarge eingeräumt, die von der DDR im Gegenzug zum Export angebotenen Güter waren jedoch entweder für den französischen Markt uninteressant oder durften zum Schutz französischer Produkte nur in begrenztem Umfang eingeführt werden. Das zentrale Problem der Handelsbeziehungen bestand also weiterhin darin, dass die DDR keine für den Export nach Frankreich geeigneten Produkte fand beziehungsweise Produkte, an denen Frankreich ein Interesse hatte, nicht in ausreichendem Umfang liefern konnte.⁴⁷ In der Bilanz führte dies in Verbindung mit dem steigenden Exportvolumen 1960 und verstärkt noch 1961 zu einem unverhältnismäßig hohen Überschuss zugunsten Frankreichs.⁴⁸

Mit der Zuspitzung der Berlin-Krise 1961 erwog man im *Quai d'Orsay* Sanktionsmaßnahmen im Bereich des Handels mit der DDR. Unter anderem wurde vorgeschlagen, den Handel durch die Verzögerung bei der Vergabe von Ausfuhrlicenzen auszubremsen. An ein Embargo war allerdings nicht zu denken, da im Gegenzug Repressionsmaßnahmen seitens der Sowjetunion bei Rohstoffimporten zu befürchten waren.⁴⁹ Auch das Aussetzen der Stahllieferungen wurde im Kontext der Berlin-Krise als eine mögliche Sanktionsmaßnahme in Erwägung gezogen. Dies wäre aber nur dann effektiv gewesen, wenn auch die Bundesrepublik ihre Lieferungen ausgesetzt hätte.⁵⁰ Gleichzeitig hätte verhindert werden müssen, dass Drittstaaten die DDR mit französischen Stahlprodukten beliefern. Das geringe Handelsvolumen erwies sich im Zuge der Berlin-Krise als Hindernis; denn Handelssanktionen sind umso wirksamer, je empfindlicher sie treffen. Es scheint, als habe sich die Wirtschaftsabteilung des *Quai d'Orsay* diese Einsicht vielmehr zu Nutze gemacht, um den Ausbau der Handelsbeziehungen voranzutreiben.⁵¹

⁴⁶ CAEF, DREE, B 54922: Schreiben der DREE, Clappier, vom 29. 3. 1961 an den Président du Syndicat national des Industries d'équipement, Pommier: „Or, dans la pratique, malgré les possibilités d'importations supplémentaires ainsi données à l'Allemagne de l'Est, il s'est avéré que la vente en France de matériels allemands reste assez difficile. [...] L'Allemagne de l'Est ne peut nous offrir que de faibles quantités de matières premières intéressant le marché français; elle ne parvient pas à commercialiser les machines et matériels prévus dans l'accord à l'importation en France. En revanche, elle dispose de nombreux produits finis particulièrement sensibles pour l'économie française tels que jouets, appareils photographiques, ornements d'arbre de Noël, appareils récepteurs de TSE, magnétophones, etc., que la France ne peut accepter qu'en quantité limitée.“

⁴⁷ Ibid.: Schreiben der DREE, Lemarechal, vom 3. 7. 1959 an den Attaché commercial in Berlin; sowie AMAE, RDA 1956–1960, 20, f. 031 f.: Schreiben des GMFB, de Chalvron, vom 6. 1. 1960 an das MAE.

⁴⁸ Cf. Handelsbilanz Frankreich-DDR im Anhang (CD-ROM).

⁴⁹ AMAE, RDA 1961–1970, 82: Schreiben der franz. Botschaft vom 10. 2. 1961 an das MAE (geheim).

⁵⁰ AMAE, RDA 1956–1960, 20, f. 044: Schreiben der franz. Botschaft in Bonn, Seydoux, vom 7. 7. 1960 an das MAE, DEU.

⁵¹ Ibid., f. 054 ff.: Note der DAEF vom 26. 12. 1960: „L'opportunité d'un courant aussi important que possible d'échanges commerciaux entre l'Europe occidentale et l'Allemagne de l'Est est souligné [...]. En effet, plus ces échanges sont importants, plus leur rupture éventuelle serait de nature à être prise en considération par les dirigeants de Pankow.“

Die Berlin-Krise brachte die politische Abteilung des französischen Außenministeriums 1961 auch dazu, die französische Kreditpolitik in den Handelsbeziehungen mit der DDR infrage zu stellen. Seit Mitte 1959 hatte sich die Kreditsumme mit Zustimmung des Außenministeriums beträchtlich erhöht. Im Oktober 1960 mahnte man erstmals Vorsicht bei der Vergabe weiterer Kredite an: Aus Sicht des Außenministers überwog das politische Risiko den wirtschaftlichen Nutzen.⁵² Die Mahnung blieb folgenlos, denn auch in den folgenden Monaten wurde kein Kredit verweigert.⁵³ Einen Monat vor dem Bau der Berliner Mauer bat man schließlich um eine genaue Aufstellung der gewährten Kredite.⁵⁴ Es kam jedoch nicht zu der von Maurice Couve de Murville befürchteten Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und der DDR und damit auch nicht zum Verlust der gewährten Kredite. Der in diesem Zusammenhang gemachte Vorschlag, sich im Rahmen der NATO auf gemeinsame Kreditrichtlinien im Handel mit der DDR zu einigen, wurde hingegen aufgenommen.⁵⁵

Die 1960er Jahre: Von reinen Handelsbeziehungen zu wirtschaftlicher Kooperation

Auch wenn die Zahlen eine unmittelbare Verbindung zwischen dem Mauerbau und der verzögerten Entwicklung der Handelsbeziehungen in den 1960er Jahren nahelegen: Es waren nicht die politischen Ereignisse, sondern die strukturellen Defizite, die 1962 zu einem sinkenden Handelsvolumen führten. Zwar hatte sich das Bestellvolumen der DDR in Frankreich zwischen 1959 und 1961 mehr als verdoppelt, mit der fortschreitenden Konsolidierung des europäischen Binnenmarktes wurde es aber zunehmend schwieriger, die ostdeutschen Produkte auf dem französischen Markt abzusetzen.⁵⁶ Hinzu kam, dass sich der Handel hinsichtlich

⁵² CAEF, Trésor, B 532/2: Schreiben des MAE, Couve de Murville, vom 10. 1. 1961 an das MinEF: „Si le développement de la situation internationale venait à rendre nécessaire une interruption des relations économiques entre la France et la DDR, je regretterais que cette interruption dût entraîner pour la COFACE – c’est-à-dire pour le Trésor public – des paiements par trop importants. [...] Un décaissement important par l’État au profit d’industriels français ayant souscrit des polices d’assurances ne devrait pas en effet être invoqué, en cas de crise sur Berlin, pour limiter notre liberté d’action.“

⁵³ AMAE, RDA 1961–1970, 82: Note der DAEF vom 20. 4. 1961 für die DEU.

⁵⁴ CAEF, Trésor, B 532/2: Schreiben des MAE, DAEF, de Margerie, vom 10. 7. 1961 an das MinEF, Finex.

⁵⁵ AMAE, RDA 1956–1960, 20, f. 054ff.: Note der DAEF vom 26. 12. 1960: „Dans un proche avenir, et sous réserve de l’évolution de la situation, les seules précautions à prendre consisteraient à adopter vis-à-vis de la DDR des règles communes en matière de crédit, et il y aurait peut-être lieu de suggérer à l’OTAN de prendre des résolutions dans ce sens. Si les circonstances le permettaient, il pourrait aussi être envisagé de négocier une liste complémentaire à l’arrangement commercial.“

⁵⁶ AMAE, RDA 1961–1970, 82: Note des Attaché commercial, Wetzel, vom 26. 8. 1960: „Malgré de meilleures perspectives de vente dues aux besoins nouveaux en biens d’équipement formulés par l’Allemagne orientale, nos exportations risquent de ne pas se réaliser entièrement, car l’écoulement des produits allemands en France se heurte à des difficultés de plus en plus grandes: facilités d’achat dans les pays du Marché commun (simplification des formalités d’importation, prix, réduction des droits de douane, délais de livraison), libération des échanges et contingents globaux, etc.“

der von der DDR exportierten Warenkategorien zwischen 1952 und 1962 nur geringfügig verändert hatte. Demgegenüber profitierte die französische Wirtschaft seit Beginn der zweiten Berlin-Krise bei ihren Exporten von der Absicht der DDR, Waren, die bislang aus der Bundesrepublik geliefert wurden, künftig verstärkt aus anderen Staaten zu beziehen.⁵⁷ 1961 waren trotz der schwierigen politischen Rahmenbedingungen zahlreiche Verhandlungen im Gange. Das wohl ambitionierteste Projekt sah die Lieferung eines kompletten Stahlwerks durch französische Firmen vor.⁵⁸

Trotz aller Schwierigkeiten entwickelten sich die bilateralen Handelsbeziehungen aus Sicht des französischen Wirtschaftsministeriums auch im Jahr nach dem Mauerbau zufriedenstellend. Während das Abkommen zwischen der *Banque de France* und der Deutschen Notenbank von 1952 über den Zahlungsverkehr zwischen beiden Staaten noch bis 1964 seine Gültigkeit behielt, wurde das Handelsabkommen zwischen Frankreich und der DDR Ende 1962 neu ausgedehnt. Dies war vor allem deshalb nötig geworden, weil die bislang für den französischen Export verwendete Warenliste nicht mehr dem tatsächlichen Warenaustausch entsprach. Hier sollte der Akzent verstärkt auf Maschinen und Teile für Industrieanlagen gelegt werden.⁵⁹ Bei den Verhandlungen achtete man auf französischer Seite in allen Details vor allem darauf, dass der ostdeutschen Forderung nach einem offiziellen Abkommen nicht entsprochen wurde.⁶⁰ Zu diesem Zweck wurde auch die Form eines Briefwechsels zwischen dem Leiter der *Services commerciaux français* in Bonn und der Kammer für Außenhandel beibehalten. Im Gegensatz zu früheren Abkommen wurde es beiden Vertragspartnern jedoch freigestellt, mehr Güter aus dem Partnerland zu importieren als im Abkommen vorgesehen. Gültig für die Dauer eines Jahres sollte es, falls nicht zuvor gekündigt, von Jahr zu Jahr verlängert werden. Durch die schriftliche Fixierung dieser bereits praktizierten Regelung wurde den Beziehungen mehr Beständigkeit eingeräumt, ohne den formalen Rahmen zu verändern. Wichtigstes Ergebnis der Verhandlungen war die in den Vertrag integrierte Absichtserklärung beider Vertragspartner, die Reisen von Personen, die mit der Umsetzung dieses Vertrages betraut werden sollten, im Partnerland so weit wie möglich zu erleichtern.⁶¹ Dies bezog sich insbesondere auf den französischen Handelsattaché, der aufgrund der veränderten Regelungen für die Einreise in die DDR seit August 1961 seine Aufgaben nur noch sehr begrenzt wahrnehmen konnte. Dieses Abkommen behielt seine Gültigkeit bis zum Ende der 1960er Jahre. Der bei Weitem umfangreichste Posten auf der Liste der französischen Exporte waren Werkzeugmaschinen, Maschinenteile und Teile für Industrieanlagen. Daneben wurden in deutlich geringerem Umfang auch weiterhin Walzprodukte, Lebensmit-

⁵⁷ Cf. Steiner, Von Plan zu Plan, S. 124–129.

⁵⁸ AMAE, RDA 1961–1970, 82: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 8. 2. 1961.

⁵⁹ CAEF, DREE, B 54922: Note der DREE, Clappier, vom 11. 1. 1963 für den Minister.

⁶⁰ AMAE, RDA 1961–1970, 82: Note der DAEF vom 19. 12. 1962 für die DEU, Laloy.

⁶¹ CAEF, Trésor, B 55827: Arrangement commercial France-Allemagne de l'Est vom 11. 12. 1962, Art. 5: „Les deux parties s'emploieront à ce que soit facilité, réciproquement et dans toute la mesure du possible, le déplacement sur leur territoire des personnes chargées, sur le plan commercial, industriel et technique, d'assurer une bonne exécution des transactions reprises au présent échange de lettres.“

tel, Büromaschinen etc. in die DDR exportiert. Die Palette der aus der DDR importierten Produkte war sehr viel umfangreicher, darunter an erster Stelle Rechenmaschinen und Kassen, aber auch Werkzeugmaschinen und in größerem Umfang chemische Produkte.⁶² Für das Jahr 1964 wurden die ausgehandelten Warenlisten unverändert übernommen.⁶³ Bedeutendste Neuerung dieses Jahres war der erfolgreiche Abschluss von Verhandlungen über ein neues Abkommen zwischen *Banque de France* und Deutscher Notenbank, das am 1. Februar in Kraft trat und Zahlungen in konvertiblen Francs beziehungsweise jeder anderen konvertiblen Währung vorsah. Die bestehenden Konten der Deutschen Notenbank bei der *Banque de France* wurden auf konvertible Francs umgestellt; das Konto der *Banque de France* bei der Deutschen Notenbank wurde aufgelöst.⁶⁴

Einer der bedeutendsten Einzelverträge, die in den 1960er Jahren zwischen Frankreich und der DDR zustande kamen, wurde 1964 geschlossen und beinhaltete den Kauf von 500 000 Tonnen französischen Getreides durch die DDR.⁶⁵ Die Lieferung des Getreides in den folgenden beiden Jahren führte zu einer beträchtlichen Steigerung des Exportvolumens – zwischen 1964 und 1965 wurde es nahezu verdreifacht. Die Getreidelieferungen des Jahres 1965 machten drei Viertel des gesamten Exportvolumens aus, 1966 war es immerhin noch die Hälfte.

*Auswirkungen der Getreidelieferungen auf die Exportbilanz (in Millionen FF)*⁶⁶

	Handelsvolumen	Franz. Exporte	Bilanz
<i>ohne Getreidelieferungen</i>			
1965	160	82	+ 4
1966	280	156	+ 28
<i>mit Getreidelieferungen</i>			
1965	419	341	+ 253
1966	436	308	+ 180

Zwar boten die Getreidelieferungen eine willkommene Gelegenheit, den eigenen Getreideüberschuss abzubauen, für den es innerhalb der europäischen Gemeinschaft keine Absatzmöglichkeiten gab. Gleichzeitig standen diese Lieferungen aber auch im Widerspruch zur grundsätzlichen Ausrichtung der französischen Handelspolitik im Ostblock auf den Export von Industrieanlagen.⁶⁷ Die Verträge wur-

⁶² Ibid.: Arrangement commercial France-Allemagne de l'Est vom 11. 12. 1962, Warenlisten.

⁶³ CAEF, DREE, B 54922: Note der DREE vom 7. 1. 1964 für den Conseiller commercial in Bonn.

⁶⁴ Ibid., B 60399/1: Accord de paiement zwischen Banque de France und Deutscher Notenbank vom 1. 2. 1964 sowie Protocole financier vom 20. 4. 1964.

⁶⁵ AMAE, RDA 1961–1970, 82: Note der DEU vom 31. 3. 1964.

⁶⁶ CAEF, DREE, B 60402/1: Note über die Entwicklung der Handelsbilanz zwischen 1965 und Juni 1972.

⁶⁷ CAEF, DREE, B 54922: Bulletin der DREE vom April 1964: „Les impératifs agricoles apparaissent ainsi en contradiction avec la ligne générale de la politique commerciale à l'égard de l'Est, qui consiste à donner la priorité aux ventes de biens d'équipement, en raison de l'intérêt que présente la livraison d'ensembles industriels de haute technique et de grande dimension.“

den daher außerhalb des jährlichen Handelsabkommens geschlossen. Die steigenden Agrarexporte in die DDR weckten sogar das Interesse des Auswärtigen Ausschusses der französischen Nationalversammlung. Auf eine Anfrage seines Präsidenten, Maurice Schumann, bezüglich der Lieferung von Futterpflanzen (Luzerne) bestätigte das Wirtschaftsministerium das Interesse an der DDR als einem wichtigen Absatzmarkt für Agrarprodukte. Um die Auswirkungen auf die Entwicklung der bilateralen Handelsbeziehungen mit der DDR so gering wie möglich zu halten, habe man die Luzerne-Exporte jedoch mit der Einfuhr von Schlachtpferden kompensiert.⁶⁸ Die 1964 geschlossenen Verträge über die Lieferung industrieller Fertigungsanlagen, unter anderem zur Herstellung von Ammoniumnitrat (ENSA) sowie von Führerhäusern für LKW (Renault), entsprachen der französischen Außenhandelspolitik jedoch wesentlich mehr.⁶⁹

Insgesamt erlebten die französisch-ostdeutschen Handelsbeziehungen nach einer Phase relativer Stagnation 1964 einen wichtigen Aufschwung. Im Zusammenhang mit dem seit Ende 1963 florierenden parlamentarischen Tourismus gelangten die Handelsbeziehungen mit der DDR zudem verstärkt in den Fokus einer interessierten französischen Öffentlichkeit. Davon zeugen unter anderem erste Artikel in der französischen Presse zu diesem Thema.⁷⁰ Das wachsende Interesse an Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR manifestierte sich aber auch in der regen Teilnahme am Empfang der KfA-Vertretung in Paris anlässlich des 15. Jahrestages der DDR. Unter den 200 geladenen Gästen befanden sich nicht nur zahlreiche Parlamentarier und Beamte des französischen Wirtschaftsministeriums, sondern auch bedeutende Vertreter der französischen Wirtschaft, wie etwa der Präsident des CNCE.⁷¹

Infolge der positiven Entwicklung setzte sich die DREE bei der Erneuerung des Abkommens Ende 1964 für eine Erhöhung des Handelsvolumens ein. Außerdem unterstützte sie die Forderungen der DDR nach einer längeren Laufzeit der von Frankreich gewährten COFACE-Kredite und des Abkommens sowie hinsichtlich der Aufstockung des KfA-Personals.⁷² Die Neuverhandlung war insbesondere nach dem Abschluss eines Vertrages über die Lieferung einer Fabrik zur Herstellung von Stickstoffdünger im Wert von 68 Millionen FF notwendig geworden. Im Zentrum der Verhandlungen standen jedoch die zunehmend politischen Forderungen von ostdeutscher Seite.⁷³ Die politische Abteilung des *Quai d'Orsay* stimmte zwar einem Ausbau der Handelsbeziehungen in Bezug auf ihr Volumen zu; die bisherigen Rahmenbedingungen und das Prozedere sollten dagegen nicht

⁶⁸ Ibid.: Schreiben der DREE vom 5. 1. 1965 an die Assemblée, Schumann: „D'une manière générale, l'est de l'Europe offre maintenant à notre agriculture un débouché important; il convient de veiller à ce que des précautions soient prises pour éviter que ces exportations de produits agricoles ne nuisent aux exportations de matériel mécanique et électrique prévues dans les accords.“

⁶⁹ AMAE, RDA 1961–1970, 82: Note der DAEF vom 18. 9. 1964 für die DEU.

⁷⁰ Cf. FNSP, Pressedossier, 251/122.

⁷¹ AMAE, RDA 1961–1970, 82: Note der S/DEUC vom 22. 10. 1964 (geheim).

⁷² Ibid.: Note der DAEF vom 17. 10. 1964; sowie CAEF, DREE, B 54922: Note der DREE, Wahl, vom 16. 10. 1964 für die DAEF, Quioc.

⁷³ CAEF, DREE, B 54922: Note der DREE vom 22. 1. 1965 für den Minister.

geändert werden, um der DDR keine Gelegenheit zu bieten, aus der Entwicklung der Handelsbeziehungen politischen Profit zu schlagen.⁷⁴ Die Unsicherheit der Situation in der Sowjetunion nach der Ablösung Chruschtschows verbot eine Festlegung auf längere Zeiträume auch in den Beziehungen mit der DDR. In den Verhandlungen versuchte der Leiter der DREE deshalb die ostdeutsche Delegation davon zu überzeugen, dass die DDR in den französisch-ostdeutschen Handelsbeziehungen aufgrund der unmittelbaren Kontakte zum französischen Wirtschaftsministerium deutlich besser gestellt sei als etwa in den italienisch-ostdeutschen Beziehungen. Zwar habe die DDR mit Italien ein mehrjähriges Abkommen geschlossen, dafür handele es sich bei dem französisch-ostdeutschen Abkommen aufgrund seiner alljährlichen Erneuerung aber um ein „quasipermanentes Abkommen“, das man zudem von Jahr zu Jahr zu verbessern suche.⁷⁵ Dazu zählte 1964 neben der Steigerung des Handelsvolumens auch die Zustimmung zur Eröffnung einer KfA-Vertretung in Lyon.⁷⁶ Die DREE habe in den internen Verhandlungen mit dem französischen Außenministerium das Maximum dessen erreicht, was unter den gegebenen politischen Umständen möglich sei. Da das Handeln Frankreichs insbesondere durch die NATO-Mitgliedsstaaten sehr genau beobachtet werde, habe man keinen weiteren Handlungsspielraum.⁷⁷ Sämtliche Forderungen der DDR wurden schließlich, nicht zuletzt mit Rücksicht auf die Bundesregierung, auf die Verhandlungen im kommenden Jahr vertagt.⁷⁸

Obwohl aus französischer Sicht mithin nur die übliche Verlängerung des Abkommens vereinbart worden war, ließ die Kritik aus Bonn nicht lange auf sich warten.⁷⁹ Besonderen Unmut weckte dabei im französischen Außenministerium

⁷⁴ AMAE, RDA 1961–1970, 82: Note der S/DEUC vom 23. 10. 1964 für die DAEF: „D’une façon générale, la direction d’Europe considère que ni la situation politique présente ni les perspectives à court terme n’interdisent d’augmenter dans des limites raisonnables le volume de nos échanges avec l’Allemagne de l’Est. Les autorités de l’Allemagne de l’Est étant toutefois dans la dépendance étroite de l’URSS, l’éviction de M. Khrouchtchev et son remplacement par des personnalités nouvelles font planer sur les intentions soviétiques une incertitude qui interdit toute prévision à plus longue échéance.“

⁷⁵ CAEF, Trésor, B 55827: Protokoll zu den Verhandlungen über die Erneuerung des Handelsabkommens am 19. 11. 1964 im MinEF: „Vous savez que notre accord est un accord quasi permanent, c’est toujours le même accord, bien que nous nous réunissions tous les ans. Ce système est préférable à celui que vous utilisez avec l’Italie, car, avec nous, ce sont les contacts directs, alors qu’avec les Italiens, vous n’avez de contacts qu’avec des organismes officieux italiens. En fait, il s’agit avec nous d’un accord permanent amélioré tous les ans par des contacts directs et je pense qu’il est difficile d’envisager mieux.“

⁷⁶ CAEF, DREE, B 54922: Schreiben der DREE, Toutay, vom 22. 12. 1964 an den Conseiller commercial in Bonn.

⁷⁷ CAEF, Trésor, B 55827: Protokoll zu den Verhandlungen über die Erneuerung des Handelsabkommens am 19. 11. 1964 im MinEF: „De nombreux pays ont les yeux fixés sur ce que le gouvernement français fait – donc, nous n’avons aucune marge. Je vous prie de croire, que j’ai fait tout ce que j’ai pu et que votre cause a été plaidée du mieux possible, nous regrettons cette situation, mais nous n’y pouvons rien.“

⁷⁸ AMAE, RDA 1961–1970, 82: Note vom 21. 12. 1964 über den Abschluss der Verhandlungen am 18. 12. 1964.

⁷⁹ Als das Auswärtige Amt mit einjähriger Verzögerung von diesem Vorhaben erfuhr, wurde dies als ein „das deutsch-französische Verhältnis berührendes Politikum“ bewertet. Es sollte aller Einfluss geltend gemacht werden, um sein Zustandekommen zu verhindern, cf. PA/AA, B 24, 567: Note der Abt. II A 1 vom 28. 4. 1966 an die Abt. III A 1.

der Vergleich mit den USA, Großbritannien und Italien: Alle drei Staaten hatten in letzter Zeit das Handelsvolumen in den Beziehungen mit der DDR beträchtlich erhöht, ohne dass dies zu kritischen Reaktionen aus Bonn geführt hatte. Auf der Suche nach Erklärungen vermutete der französische Botschafter in Bonn, Roland de Margerie, deshalb einen Zusammenhang mit dem französisch-amerikanischen Großprojekt, eine Fabrik zur Herstellung synthetischer Fasern in der DDR zu errichten.⁸⁰ Dieses Projekt sorgte auch in den folgenden Monaten für Spannungen zwischen Paris und Bonn. Von der Bonner Opposition wurde offen die Bündnisolidarität der französischen Regierung infrage gestellt. Im *Quai d'Orsay* wollte man seine Zustimmung zu diesem Projekt hingegen nicht von der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik abhängig machen.⁸¹ Auch die in diesem Zusammenhang vorgetragene Forderung der Bundesregierung, der DDR künftig Kreditgarantien generell zu verweigern, wurde zurückgewiesen.⁸² Dass die französische Industrie dabei auch in direkter Konkurrenz zu westdeutschen Unternehmen stand und nicht allein politische Erwägungen eine Rolle spielten, zeigt ein Vertrag, den die ostdeutsche WMW Export mit Renault und nicht mit einem westdeutschen Konkurrenten abgeschlossen hatte.⁸³ Gegenstand dieses Vertrages über 18 Millionen FF waren Maschinen zur Herstellung von Zylinderköpfen und Zündervorrichtungen sowie von Karosseriepresse. Mehrere bedeutende Verträge mit französischen Firmen befanden sich in der ersten Jahreshälfte 1965 in einem fortgeschrittenen Verhandlungsstadium: unter anderem mit SORICE über eine Fabrik zur Herstellung von Hefe im Wert von 12 Millionen FF, mit SACAM über Dieselmotoren im Wert von 16 Millionen FF sowie mit Fives-Lille-Cail im Wert von 18 Millionen FF.⁸⁴ Bei einer Streichung der staatlichen Garantien, wie von der Bundesregierung vorgeschlagen, hätte die französische Industrie das Nachsehen gegenüber der britischen, niederländischen und dänischen, aber auch gegenüber der westdeutschen Konkurrenz gehabt.⁸⁵

Nach der Neuverhandlung des Handelsabkommens für 1966 vermutete das französische Wirtschaftsministerium, dass die ostdeutsche Delegation in diesem Jahr weit hinter ihren Möglichkeiten zurückgeblieben sei, weshalb man sich nun

⁸⁰ AMAE, RDA 1961–1970, 82: Note vom 2. 1. 1965: „L'accord prévu n'est que le renouvellement de celui qui a été conclu en 1962 dans les mêmes termes, et tout ce que les représentants de la chambre de commerce à Berlin-Est ont tenté en vue d'obtenir des modifications de droit et de forme qui fussent à l'avantage du gouvernement de Pankow a été rigoureusement écarté par nos soins. Loin d'être un succès pour M. Ulbricht, on peut même dire que sur ce point l'arrangement constitue un échec très net pour lui et pour ses prétentions.“ Cf. *ibid.*: Telegramm der DAEF, Quioc, vom 30. 12. 1964 an die franz. Botschaft in Bonn.

⁸¹ *Ibid.*: Telegramm aus Bonn, d'Aumale, vom 11. 2. 1965: „Ceci étant, il ne m'apparaît pas que nous devions céder aux récriminations que notre décision pourrait susciter.“

⁸² *Ibid.*: Telegramm der DAEF, Wormser, vom 9. 2. 1965 an die franz. Botschaft in Bonn: „Il est de toute évidence exclu qu'après avoir garanti pendant des années des crédits ordinaires aux entreprises françaises commerçant avec la RDA le gouvernement français, sauf fait nouveau, change sa position.“

⁸³ *Ibid.*: Schreiben des GMFB, Winckler, vom 31. 3. 1965 an das MAE, DEU.

⁸⁴ *Ibid.*: Note der DAEF vom 8. 6. 1965.

⁸⁵ *Ibid.*: Note der DAEF vom 21. 5. 1965: „[...] une suppression éventuelle de la garantie gouvernementale mettrait nos entreprises en situation d'infériorité non seulement à l'égard de la concurrence internationale, mais aussi de la concurrence ouest-allemande.“

im Außenministerium verstärkt für die Forderung der DDR nach einem Ausbau der KfA-Vertretung in Paris einsetzte.⁸⁶ Zwar hatte man der DDR seit dem Abkommen vom Dezember 1962 und infolge der für die Einreise des in West-Berlin stationierten französischen Handelsattachés von der DDR gewährten Erleichterungen verschiedene Zugeständnisse eingeräumt. Die Rückkehr zur personellen Ausstattung der KfA-Vertretung von 1961 erstreckte sich hingegen über mehrere Jahre: Erst im Januar 1965 wurde ein Visum für den siebten Mitarbeiter gewährt.⁸⁷

Das Bemühen der DDR um eine qualitative Verbesserung der Handelsbeziehungen blieb zwar in Frankreich an den entscheidenden Stellen zunächst auch weiterhin ungehört, dafür war das Echo dieser Bemühungen umso deutlicher in der Bundesrepublik zu vernehmen, was Frankreich wiederum nötigte, der Bundesregierung regelmäßig zu versichern, dass sich an den Rahmenbedingungen in den letzten Jahren nichts geändert habe: Nach wie vor gewährte man der DDR keine Kredite mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren. Zwar war man bereit, die im Vergleich mit anderen Ostblockstaaten schlechteren Konditionen für die DDR aufrechtzuerhalten. Eine weitere Benachteiligung wurde jedoch ebenso kategorisch ausgeschlossen.⁸⁸ Am 25. Juli 1966 wurde unter Berücksichtigung der westdeutschen Position die Fünf-Jahres-Regel für Kredite schließlich per Resolution für alle NATO-Staaten verbindlich festgeschrieben.

Vor der Erneuerung des Abkommens für das Jahr 1967 stand im Zentrum einer interministeriellen Sitzung erneut die Frage nach der Erhöhung des globalen Handelsvolumens, das sich seit 1961, abgesehen von den Getreidelieferungen, kaum entwickelt hatte. Die Erfüllung des im Vorjahresabkommen vereinbarten Handelsvolumens zu drei Vierteln machte die DDR als Handelspartner dennoch grundsätzlich interessanter als andere Ostblockstaaten.⁸⁹ Zwischen dem französischen Wirtschaftsministerium und der für Wirtschaftsfragen zuständigen Abteilung des *Quai d'Orsay* bestand deshalb Einigkeit darüber, dass man bei den anstehenden Verhandlungen mit der DDR in der Frage des Handelsvolumens Konzessionen machen müsse.⁹⁰ Damit verbunden war auch die Frage einer Aufhebung

⁸⁶ Ibid.: Note der DAEF vom 22. 12. 1965 für die DEU.

⁸⁷ AMAE, RDA 1961–1970, 83: Telegramm aus Bonn, d'Aumale, vom 12. 12. 1964 für das GMFB.

⁸⁸ AMAE, RDA 1961–1970, 83: Schreiben des MAE, de Beaumarchais, vom 11. 2. 1966 an den Secrétaire d'État au Commerce extérieur: „La France traite donc la zone moins bien que les autres pays de l'Est. Il n'est pas dans ses intentions de la traiter mieux que maintenant à l'avenir, mais il n'est pas possible de revenir en arrière, à moins que tous les autres pays en fassent autant. Je tiens spécialement à ce que cette position, qui répond à des considérations politiques auxquelles j'attache une grande importance, soit strictement maintenue.“

⁸⁹ CAEF, DREE, B 54922: Note der DREE vom 23. 11. 1966 für den Minister: „Parmi les pays de l'Est européen, la zone est d'Allemagne peut être considérée comme un bon partenaire commercial, en raison notamment des achats de biens d'équipement passés à l'industrie française.“ Der Gesamtwert dieser Bestellungen wurde auf 404 Millionen FF beziffert.

⁹⁰ AMAE, RDA 1961–1970, 85: Note der DAEF vom 14. 11. 1967: „Dans ces conditions la direction économique estime que si nous voulons maintenir nos exportations vers l'Allemagne de l'Est à un niveau raisonnable, nous devons pouvoir répondre plus favorablement cette année aux demandes qui nous sont formulées en ce qui concerne le montant de l'arrangement commercial et éventuellement la libération de certains produits.“

der Kontingentierung bestimmter ostdeutscher Produkte bei der Einfuhr nach Frankreich, auf der bislang vor allem das Ministerium für Industrie bestanden hatte. Für das Wirtschaftsministerium lag hier die Ursache für die als unzureichend bewertete Entwicklung der Handelsbeziehungen mit der DDR, die auf die rigide Kontingentierung ihrer Exporte mit einer Reduzierung ihrer Bestellungen reagiert habe.⁹¹ Eines der wichtigsten Verhandlungsergebnisse war daher die Aufhebung der Kontingentierung bei 75% aller für den Import vorgesehenen ostdeutschen Produkte. Dennoch blieb ein gradueller Unterschied zum Handel mit den anderen Ostblockstaaten bestehen.⁹²

Bei den Verhandlungen kam es aufgrund des komplizierten Prozederes immer wieder zu Verzögerungen: Einzig autorisierter Unterhändler der französischen Seite war ein Vertreter der DREE, der jede Anfrage der DDR jedoch zunächst den zuständigen Ministerien unterbreiten musste. Erfreut stellte man fest, dass die ostdeutsche Seite sich im Unterschied zu den Verhandlungen früherer Jahre weniger um eine formelle Besserstellung der DDR in den Handelsbeziehungen als vielmehr in realistischer Weise um deren Ausbau bemühte.⁹³ So hatte sie nach langen Diskussionen erneut ihre Forderung nach einer längeren Vertragslaufzeit des Abkommens fallen lassen. Die französische Seite hatte im Gegenzug einer Erhöhung des Handelsvolumens, der weiteren Aufhebung von Kontingenten und der Aufstockung des Personals der KfA-Vertretung in Paris von acht auf zehn Mitarbeiter zugestimmt sowie eine zügigere Ausstellung von Lizenzen für die Einfuhr ostdeutscher Produkte nach Frankreich in Aussicht gestellt.⁹⁴ Insgesamt erhoffte man sich von diesen substanziellen Verbesserungen auf französischer Seite einen Auftrieb für die Handelsbeziehungen, befördert auch durch das Ende der Getreidelieferungen, da die DDR die freigewordenen Devisen nunmehr für andere Bestellungen in Frankreich nutzen konnte.⁹⁵ Nach dem Abschluss eines weiteren Vertrages mit Renault über die Lieferung von Material für die ostdeutsche Automobilindus-

⁹¹ CAEF, DREE, B 54922: Note der DREE vom 23. 11. 1966 für den Minister: „Il semble bien que le déclin de nos exportations réalisées cette année-là [1964 – Ch. W.] soit la conséquence de la déception éprouvée par l'Allemagne de l'Est de n'avoir pu obtenir la possibilité d'accroître substantiellement ses ventes sur le marché français, malgré l'importance des commandes passées en 1961 et en 1962. Pour réduire le déficit des échanges, ce pays n'avait plus d'autre solution que de réduire ses achats. Plutôt que de maintenir la conditionnalité, il paraît donc préférable de prévoir l'augmentation des possibilités de ventes de l'Allemagne de l'Est dans notre pays: c'est le plus sûr moyen d'éviter que ce pays ne soit amené à nouveau à réduire ses achats en France afin d'atténuer le déséquilibre des échanges.“

⁹² AMAE, RDA 1961–1970, 85: Note der DAEF vom 3. 1. 1967.

⁹³ CAEF, DREE, B 54922: Note der DREE, Valls, vom 21. 12. 1966 für den Minister: „La caractéristique essentielle de ces négociations paraît être le fait que la délégation est-allemande a déclaré dès le début qu'elle estimait que l'accroissement des échanges entre les deux pays paraissait possible dans le cadre bilatéral actuel.“

⁹⁴ AMAE, RDA 1961–1970, 85: Note der DAEF vom 12. 12. 1966.

⁹⁵ CAEF, DREE, B 54922: Note der DREE, Valls, vom 21. 12. 1966 für den Minister: „En conclusion, il est apparu que cet arrangement est considéré du côté allemand comme la marque de notre volonté de développer des échanges économiques et comme le moyen de réaliser effectivement cet objectif, grâce aux possibilités supplémentaires de vente qui sont données aux produits de l'Allemagne de l'Est sur le marché français.“

trie noch während der laufenden Verhandlungen im Dezember 1966 wurde der ostdeutschen Delegation als Dreingabe eine weitere Steigerung des Handelsvolumens für die Jahre 1968 und 1969 im Geheimen zugesichert.⁹⁶

Nichts zu unternehmen, was das Misstrauen der Bundesrepublik wecken konnte, blieb für den *Quai d'Orsay* weiterhin oberstes Gebot in den Handelsbeziehungen mit der DDR.⁹⁷ Dies zeigte sich etwa bei der Frage der Überlassung von Lizenzen für die Herstellung von Rechnern. Mit dem Verweis auf verschiedene Präzedenzfälle im Ost-West-Handel wurde einem entsprechenden Vertrag seitens der politischen Abteilung zunächst zugestimmt.⁹⁸ Wenige Tage später legte jedoch der Minister persönlich sein Veto ein: Es wurde befürchtet, dass man der DDR einen technologischen Vorsprung von zwei Jahren einräume; vor allem aber würde der französische Gewinn von 50 Millionen FF es nicht rechtfertigen, sich gegenüber der Bundesrepublik in eine derart heikle Situation zu manövrieren.⁹⁹

Im Vorfeld der Verhandlungen für die Erneuerung des Handelsabkommens Ende 1967 setzte sich die Abteilung für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten des französischen Außenministeriums nachdrücklich dafür ein, der DDR erneut gewisse Konzessionen zu gewähren, ohne dabei die grundsätzliche Haltung aufzugeben.¹⁰⁰ Hintergrund war eine Verdreifachung des globalen Volumens in den italienisch-ostdeutschen Handelsbeziehungen im vorangegangenen Jahr. In diesem Zusammenhang beklagten offizielle Stellen in Frankreich die Diskrepanz zwischen dem Stellenwert der ostdeutschen Industrie im weltweiten Vergleich und der Realität der französisch-ostdeutschen Handelsbeziehungen. Abgesehen von den Getreidelieferungen hatte es zwar seit 1961 eine gewisse Stabilität in den Handelsbeziehungen gegeben, eine echte Entwicklung blieb jedoch aus. Es war allerdings gerade diese Stagnation im Vergleich zur Entwicklung der Handelsbeziehungen anderer westeuropäischer Staaten mit der DDR, die verstärkt das Interesse der französischen Wirtschaft am bislang ungenutzten Potenzial des ostdeutschen

⁹⁶ AMAE, RDA 1961–1970, 83: Undatiertes Schreiben der Services commerciaux français en Allemagne an die KfA (vertraulich): „Je suis en mesure de vous confirmer nos entretiens à ce sujet. Si l'évolution de nos échanges continue à se développer favorablement, les autorités françaises s'efforceront de maintenir, voire d'augmenter en 1968 et 1969 le montant de l'arrangement de 1967.“

⁹⁷ Wie groß das Misstrauen der Bundesrepublik gegenüber den französisch-ostdeutschen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen tatsächlich war, zeigen Noten des Auswärtigen Amts, cf. zum Beispiel PA/AA, B 24, 608: Note der Abt. III A 6 vom 9. 1. 1967; Kritik wurde insbesondere an der Lieferung von Anlagen geübt. Die zur Absicherung dieser Lieferungen notwendigen Kredite wurden als Gefahr für die bundesdeutsche Deutschlandpolitik bewertet.

⁹⁸ AMAE, RDA 1961–1970, 83: Note der S/DEUC, Puaux, vom 9. 1. 1967 für die DAEF, Jordan.

⁹⁹ Ibid.: Note vom 19. 1. 1967 sowie eine Note von Brunet vom 24. 1. 1967 für de Courson/Prunet-Foch: „Le ministre est hostile à la vente à la RDA de calculateurs et de licences pour la fabrication de ces calculateurs.“

¹⁰⁰ Ibid.: Note der DAEF, de Courson, vom 13. 11. 1967 für die DEU: „La direction des Affaires économiques et financières estime que ces relations commerciales seraient plus faciles à développer si nous adoptions, sans changer notre position de principe, quelques assouplissements dans notre attitude, comme l'ont d'ailleurs fait dans certains cas nos partenaires occidentaux, notamment l'Italie.“

Marktes weckte. Entsprechend hoch waren auf ostdeutscher Seite die Erwartungen an die französische Kompromissbereitschaft.¹⁰¹ Für den *Quai d'Orsay* stellte sich erneut die Frage nach den politisch tragbaren Konzessionen, die man der DDR in diesem Jahr unter Beibehaltung des formellen Rahmens einräumen könnte.¹⁰² Die aus wirtschaftlicher Sicht interessanteste und sinnvollste Neuerung hatten Italien sowie die Bundesrepublik¹⁰³ bereits durchexerziert: Die von der DDR schon seit einigen Jahren auch von Frankreich geforderte Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Handelsabkommens auf zwei Jahre. Nach langen und schwierigen Verhandlungen einigte man sich im Dezember 1967 auf eine Erhöhung des Handelsvolumens und eine Ausweitung der Vertragsdauer auf zwei Jahre.¹⁰⁴ Daneben profitierte die DDR von der Aufhebung weiterer Kontingente. Diese Aufhebung galt für 590 von insgesamt 678 Zollposten. Von besonderer psychologischer Bedeutung war dabei für die DDR die mit diesem Schritt vollzogene Gleichstellung mit den anderen Ostblockstaaten.¹⁰⁵ Die neue Vertragslaufzeit wurde mit dem westdeutschen Präzedenzfall begründet. Dass es dabei tatsächlich nur um eine administrative Verbesserung und nicht um eine politische Aufwertung der Handelsbeziehungen ging, zeigt sich an der Verwendung des 1962 geschlossenen Abkommens als Vertragsgrundlage.¹⁰⁶ Dennoch beschloss man, die Bundesregierung erst nach Abschluss der Verhandlungen von dieser Neuerung in Kenntnis zu setzen.¹⁰⁷

Wie schon in früheren Jahren von der DREE angestrebt, wollte man der DDR auch hinsichtlich der KfA-Vertretung in Paris entgegenkommen (in Bezug auf die Anzahl des zugelassenen Personals, die Bezeichnung und das Visa-Prozedere für Mitarbeiter). Die politische Abteilung des französischen Außenministeriums gab ihr Einverständnis dann allerdings lediglich zur Beschleunigung des Visa-Prozederes. Die personelle Aufstockung wurde an die weitere Steigerung des Handelsvolumens geknüpft; eine Ausschreibung des Kürzels „RDA“, wie in anderen westeuropäischen Ländern bereits üblich, wurde abgelehnt. Grundsätzlich zweifelte die politische Abteilung jedoch am kommerziellen Hintergrund dieser Forderung.

¹⁰¹ AMAE, RDA 1961–1970, 85: Note der DAEF vom 20. 11. 1967 für die DEU: „Du côté français, il semble que cette évolution, plus lente, soit gênée par nos hésitations à assouplir des dispositions anciennes.“

¹⁰² Ibid.: Note der DAEF vom 12. 10. 1967 für die DEU: „En résumé, tout en maintenant le même cadre formel, nous cherchons, comme l’an dernier, les moyens d’arriver à un meilleur développement de nos échanges.“

¹⁰³ Im Auswärtigen Amt rechnete man damit, dass jede Verbesserung in den innerdeutschen Beziehungen eine Verbesserung in den französisch-ostdeutschen Beziehungen nach sich ziehe, cf. PA/AA, B 24, 608: Aufzeichnung der Abt. I A 3 vom 24. 2. 1967.

¹⁰⁴ CAEF, DREE, B 54922: Note der DREE, van Ruymbeke, vom 5. 1. 1968 an den Conseiller commercial in Bonn: „Ces différents aménagements constituent un progrès sensible dans l’évolution de nos relations commerciales avec l’Allemagne orientale.“

¹⁰⁵ Ibid.: Note der DREE, Chapelle, vom 26. 12. 1967 für den Minister.

¹⁰⁶ AMAE, RDA 1961–1970, 85: Note der DAEF vom 28. 12. 1967 für die S/DEUC, Pagniez: „Le renouvellement de l’arrangement commercial avec l’Allemagne de l’Est a donc été effectué comme il avait été prévu: des améliorations administratives ont été recherchées et accordées, mais toutes concessions ayant un caractère politique ont été évitées.“

¹⁰⁷ Ibid.: Note der S/DEUC vom 1. 12. 1967.

gen.¹⁰⁸ Weiter gehende Konzessionen bei dieser Gratwanderung zwischen politischen und wirtschaftlichen Interessen sollten nur im Rahmen dessen gewährt werden, was in anderen Staaten bereits gängige Praxis war. Wenig später wurden die Botschaften in allen westeuropäischen Staaten, mit denen Frankreich auf dem ostdeutschen Markt in Konkurrenz stand, aufgefordert, Informationen über die vor Ort gültigen Spielregeln für die Handelsbeziehungen mit der DDR zu sammeln. Dies sollte möglichst im Stillen geschehen, um in der Bundesrepublik keine weiteren Befürchtungen zu wecken.¹⁰⁹

Während die bilateralen Abkommen regelmäßig eine beträchtliche Steigerung des Handelsvolumens ausweisen, entwickelte es sich gemäß den Statistiken des französischen Zolls in sehr viel bescheidenerem Umfang. Zwischen 1961 und 1965 war das globale Handelsvolumen, abgesehen von den bereits erwähnten Getreidelieferungen, Schwankungen in einem begrenzten Rahmen unterworfen. Erst zwischen 1965 und 1966 lässt sich eine tatsächliche Steigerung um 75% feststellen, die aber zum größten Teil auf den französischen Exporten basierte. Es waren jedoch vor allem die in den Verträgen ausgewiesenen Summen, die westdeutsche Diplomaten dazu brachten, im *Quai d'Orsay* regelmäßig nach dem Stand der französisch-ostdeutschen Handelsbeziehungen zu fragen.¹¹⁰ Unerwähnt blieben in diesen Gesprächen die noch sehr viel weiter gehenden westdeutschen Befürchtungen, Frankreich werde parallel zu den Handelsbeziehungen auch seine politischen Beziehungen mit der DDR normalisieren.¹¹¹

Tatsächlich bestand zwischen dem in den Abkommen vertraglich fixierten globalen Handelsvolumen, welches in erster Linie das Interesse am Ausbau der Handelsbeziehungen zum Ausdruck brachte, und dem tatsächlich realisierten Warenaustausch eine beträchtliche Diskrepanz. Im Herbst 1968 stellte man in Paris resigniert fest, dass in der Sparte Maschinen und Industrieanlagen von den sich auf ein Gesamtvolumen von einer Milliarde FF belaufenden Projekten der vergangenen vier Jahre weniger als 20% realisiert worden waren. Weitere Konzessionen

¹⁰⁸ AMAE, RDA 1961–1970, 83: Note der S/DEUC vom 27. 11. 1967 für die DAEF: „D’une façon générale, la direction d’Europe s’interroge sur la portée commerciale d’éventuelles modifications qui pourraient être apportées aux règles que nous avons observées jusqu’ici en ce qui concerne le traitement en France des Allemands de l’Est. [...] C’est semble-t-il sur la base d’une telle étude que l’on pourrait tenter de définir le rôle respectif des considérations d’ordre politique et d’ordre commercial dans l’orientation des courants d’échanges extérieurs de l’Allemagne orientale.“

¹⁰⁹ AMAE, RDA 1961–1970, 84: Schreiben der DAEF, Prunet-Foch, vom 11. 1. 1968 an die franz. Botschaften in Bern, Brüssel, Kopenhagen, La Haye, London, Rom, Stockholm und Washington: „Cette importance économique [der DDR – Ch. W.] incite notre pays à développer ses échanges commerciaux et ses ventes de biens d’équipement. Mais l’évolution de ces relations économiques doit tenir compte de notre position de principe et nous devons éviter toute concession qui pourrait avoir une incidence politique.“

¹¹⁰ AMAE, Entretiens et messages, 29–31: Gespräche zwischen Brunet und Lahr am 9. 1., 21. 8. und 2. 11. 1967; sowie AMAE, RDA 1961–1970, 83: Note der DAEF vom 7. 9. 1967 für Brunet.

¹¹¹ Die französische Botschaft in Bonn konstatierte, dass entsprechende Äußerungen von der westdeutschen Presse kolportiert worden waren, cf. AMAE, RDA 1961–1970, 84: Telegramm aus Bonn, Seydoux, vom 1. 5. 1968; sowie *ibid.*: Note der DAEF vom 3. 5. 1968.

wurden deshalb an die Unterzeichnung weiterer Verträge geknüpft.¹¹² Rechtzeitig vor der Vervollständigung des Handelsabkommens für die Jahre 1968 und 1969 wurden zwei Verträge mit einem Gesamtwert von 325 Millionen FF unterzeichnet.¹¹³ Wie zu erwarten, beflügelte dieser Erfolg für die französische Industrie die anstehenden Verhandlungen im Januar 1969 in Paris. Man setzte sich seitens der französischen Industrie sogar dafür ein, dass die ostdeutsche Delegation von Gerhard Beil, stellvertretender Minister für Außenhandel, geleitet werden konnte, obwohl nach gültigem TTD-Reglement die Reise eines DDR-Vertreters von diesem Rang in einen NATO-Staat nicht gestattet war. Es wurde seine besondere Rolle für die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten hervorgehoben und darauf gedrungen, dass, wenn seine Reise unter den aktuellen Gegebenheiten nicht möglich sei, er wenigstens als Erster von den Veränderungen profitieren solle.¹¹⁴ Veränderungen, von denen man offensichtlich annahm, dass sie in absehbarer Zeit eintreten würden.

2. Die Leipziger Messe und das französische Interesse an der DDR als Handelspartner

1950 schätzte man im französischen Wirtschaftsministerium, dass sich der Handel mit jenem Teil Deutschlands, der nun der DDR entsprach, vor 1939 auf 25 Millionen US-Dollar an französischen Exporten und auf 15 Millionen US-Dollar an deutschen Importen belaufen habe. Im Gegensatz zu allen anderen Teilen Deutschlands fielen hier die Importe traditionell geringer aus als die Exporte.¹¹⁵ Mit der allmählichen Erholung der ostdeutschen Wirtschaft wuchs das französische Interesse an einem Abkommen mit der DDR. Aus Sicht des Ministeriums bestand ein gewisses Interesse an Produkten wie Grubenholz, Ziegelsteinen oder Chlor, die man in der DDR kaufen könne.¹¹⁶ Es war die französische Politik, die die Initiative ergriff und sich zu Beginn der 1950er Jahre für die Handelsbeziehungen mit der DDR und auch für eine repräsentative französische Beteiligung an der Leipziger Messe engagierte. Als größtes Hindernis für den Handel mit der DDR wurde dabei der mangelnde Unternehmergeist der französischen Wirtschaft

¹¹² Ibid.: Note der DAEF vom 27. 9. 1968.

¹¹³ Ibid.: Note der DAEF vom 19. 12. 1968 für die DEU.

¹¹⁴ Ibid.: Note der ENSA vom 5. 2. 1969 für Prunet-Foch: „La brillante carrière de Monsieur Beil au ministère du Commerce extérieur a été très étroitement associée à l'idée d'un rapprochement économique avec la France. Monsieur Beil a joué et joue ouvertement la carte du rapprochement français, contre les partisans des relations économiques avec d'autres pays de l'Ouest (y compris l'Allemagne fédérale). Monsieur Beil a donc besoin, vis-à-vis de ses supérieurs, de montrer qu'il jouit d'un certain crédit en France. Une des preuves serait que Monsieur Beil soit le premier vice-ministre de l'Allemagne de l'Est à venir en France.“

¹¹⁵ CAEF, Trésor, B 55827: Note der DREE, Filippi, vom 29. 4. 1950 für den Minister.

¹¹⁶ Ibid.: Note der DREE, Clappier, vom 9. 10. 1951 für den Minister: „L'amélioration de nos échanges avec l'Allemagne de l'Est ne manquerait pas, dans les circonstances présentes, d'un certain intérêt car nous pourrions acheter dans ce pays des produits qui nous sont nécessaires tels que: bois de mines, briquettes, chlore, etc.“

angesehen. Dennoch waren nach dem Zweiten Weltkrieg auch französische Firmen unter den ersten regelmäßigen Ausstellern in Leipzig.

Die Messe als Kontaktbörse und das politische Interesse

Die Leipziger Messe war vor dem Zweiten Weltkrieg nicht nur eine der wichtigsten Messen auf dem europäischen Kontinent, sie war vor allem einer der bedeutendsten Umschlagplätze im Ost-West-Handel. Unter den politischen Rahmenbedingungen der Nachkriegsjahrzehnte erhielt diese Funktion der Messe eine völlig neue Dimension. Aufgrund der Beruhigung der Situation in Deutschland nach der Schaffung beider deutscher Staaten stellte eine Teilnahme von Vertretern der französischen Industrie an der Frühjahrsmesse in Leipzig 1950 anders als noch 1949 aus Sicht des *Quai d'Orsay* kein Problem dar.¹¹⁷ Die so entstandene Möglichkeit allein hatte jedoch noch keine umfassende Beteiligung französischer Firmen zur Folge. Der für die Handelsbeziehungen mit Deutschland zuständige Bernard Lefort bat deshalb die DREE, bei potenziellen Interessenten dafür zu werben. Man könne den ostdeutschen Markt nicht aufgrund vorübergehender politischer Rahmenbedingungen ignorieren, sondern müsse vielmehr für die Zeit nach der Wiedervereinigung Vorbereitungen treffen. Die westeuropäische Konkurrenz habe dies schon längst begriffen.¹¹⁸

Für die in Deutschland tätigen französischen Diplomaten lag der besondere Reiz, an dieser Messe teilzunehmen, in der sich dadurch bietenden Möglichkeit, etwas über jenen Teil Deutschlands zu erfahren, dessen Entwicklung ansonsten weitgehend unbemerkt ablief.¹¹⁹ Darüber hinaus bot die Leipziger Messe der französischen Außenpolitik auch eine der äußerst seltenen Gelegenheiten zu kulturpolitischen Aktivitäten in der DDR. Seit 1950 war die *Association nationale du livre français à l'étranger* mit einem Stand französischer Bücher und Zeitschriften, insbesondere wissenschaftlicher Fachliteratur, vertreten. Unterstützt und koordiniert wurde diese Präsenz durch die in Mainz ansässige Kulturabteilung des Hohen Kommissars in der Bundesrepublik. Der gewünschte Erfolg konnte mit bis zu 2000 Besuchern täglich allerdings erst im Herbst 1953 erzielt werden, was man

¹¹⁷ AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 730, f. 003 ff.: Schreiben der S/DEUC vom 2. 3. 1950 an den Commissaire général aux Affaires allemandes et autrichiennes.

¹¹⁸ CAEF, DREE, B 55282: Schreiben des Conseiller commercial in Bonn, Lefort, vom 26. 3. 1952 an das MinEF, DREE: „Je me permets d'insister pour que des maisons françaises participent à cette manifestation. Il n'est pas bon de rester à l'écart d'un marché sous prétexte que des conditions politiques, au reste provisoires, semblent conseiller l'abstention. Quand l'Allemagne sera réunifiée, ceux qui auront vécu ces années-ci en zone orientale se souviendront avec reconnaissance de ceux qui sous une forme quelconque auront été présents chez eux pendant les années difficiles. Nos concurrents occidentaux l'ont compris depuis longtemps.“

¹¹⁹ AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 730, f. 040 ff.: Schreiben des GMFB, Berlin, vom 31. 3. 1951 an das MAE, DEU: „[...] étant donné l'atmosphère relativement secrète dans laquelle vit la DDR et le désir des dirigeants communistes d'utiliser l'évènement à des fins de propagande politique, cette semaine offre l'occasion d'observer le développement actuel de l'Allemagne de l'Est et de déterminer approximativement les desseins de ses dirigeants.“

sich mit dem Tod Stalins und den Nachwirkungen des 17. Juni erklärte. Hätte es keine Devisenprobleme gegeben, so wurde gemutmaßt, hätte man die Auslagen des Standes mehrmals täglich verkaufen können. Unterstützt von der Kulturabteilung des *Quai d'Orsay*, wurde daraufhin die Teilnahme an Frühjahrs- und Herbstmesse angeregt.¹²⁰

Der Grad der Beteiligung an der Leipziger Messe war immer auch ein Indikator für den aktuellen Zustand der Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR. So spiegelte sich etwa die gute Stimmung in den Handelsbeziehungen nach Unterzeichnung des ersten inoffiziellen Abkommens im Dezember 1953 auch im Empfang, den man den Vertretern Frankreichs bei der Messe im September des folgenden Jahres bereitete. Der Handelsrat der französischen Botschaft in Bonn war Ehrengast der Kammer für Außenhandel und die französische Fahne wurde vor allen anderen westeuropäischen Fahnen gehisst.¹²¹ Aber nicht nur die DDR zeigte ein gesteigertes Interesse an der französischen Teilnahme. Auch der französische Handelsrat drängte auf einen Ausbau der französischen Präsenz in Leipzig: Als Ansporn solle die britische Messepräsentation dienen.¹²² Der einige Jahre zuvor bestehende Vorsprung Frankreichs gegenüber der westeuropäischen Konkurrenz auf dem ostdeutschen Markt sei durch die mangelnde Risikobereitschaft französischer Unternehmer in nur wenigen Jahren verspielt worden.

Mit zunehmender Bedeutung der Messe für die RWG-Staaten wuchs, ungeachtet der für die französische Wirtschaft noch recht geringen Ausbeute, auch das Interesse der französischen Diplomaten. Roland de Margerie wies deshalb 1954 darauf hin, dass man notwendigerweise zwischen der psychologischen Bedeutung dieser Messe und den tatsächlichen Ergebnissen unterscheiden müsse. Leipzig könne als Messestandort an seine Funktion als Handelsplatz zwischen Ost und West aus Vorkriegszeiten anknüpfen.¹²³ Aber die neuen Universalmesen im Frühjahr und Herbst waren mehr als reine Warenumschnapplätze. An die Traditionen der großen Messen des Mittelalters anknüpfend, böten sie, so Bernard Lefort, in erster Linie die Gelegenheit zu Kontakten aller Art und insbesondere zwischen Staaten, die aus politischen Gründen gehalten seien, sich gegenseitig zu ignorieren.¹²⁴

¹²⁰ AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 733, f. 009ff.: Note der DRC vom 1. 10. 1953 für die DEU, de Margerie, mit einem Bericht der Association nationale du livre français à l'étranger über die Teilnahme an der Herbstmesse 1953.

¹²¹ AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 731, f. 222ff.: Undatierte Note des Conseiller commercial, Lefort, über die Herbstmesse 1954: „Un rang de choix, le plus haut, nous avait été réservé dans la hiérarchie des sympathies occidentales de la République démocratique [...]“

¹²² Ibid.: „Il y a là un exemple que nous ferions bien de méditer. [...] À côté de la présentation britannique, les exposants français, trop dispersés, moins dynamiques que leurs concurrents anglais, n'ayant pas su assez conjuguer leurs efforts, ont fait une impression qui n'était pas en rapport avec la surface totale occupée, nettement plus vaste que celle réservée par les Britanniques.“

¹²³ AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 731, f. 185ff.: Schreiben der franz. Botschaft in Bonn, de Margerie, vom 21. 9. 1954 an das MAE, DEU.

¹²⁴ Ibid., f. 222ff.: Undatierte Note des Conseiller commercial, Lefort, über die Herbstmesse 1954: „Elle maintient la tradition des grandes foires du Moyen Âge. Elle constitue, en particulier, une place où des contacts utiles sont établis entre pays dont les gouvernements sont contraints, pour des raisons politiques, de s'ignorer.“

Da man großen Wert auf die Teilnahme an einer in der DDR stattfindenden Messe legte, war es auf Dauer schwierig, der DDR die Teilnahme an französischen Messen, allen voran an der Pariser Messe, zu verweigern. Die Teilnahme ostdeutscher Aussteller an der Pariser Frühjahrsmesse 1953 konnte mit einem Verweis auf den zu spät gestellten Antrag noch verhindert werden, die Forderung der DDR nach Reziprozität beschäftigte den *Quai d'Orsay* während des gesamten folgenden Jahres.¹²⁵ Auf der Suche nach einer Lösung hielt man auch Rücksprache mit den westeuropäischen Partnern. Ein Zugeständnis in dieser Angelegenheit wurde schließlich als unumgänglich erachtet, um die eigene Teilnahme in Leipzig nicht zu gefährden. Es war vermutlich kein Zufall, dass das französische Außenministerium seine Zustimmung für die Teilnahme ostdeutscher Aussteller an der Pariser Frühjahrsmesse 1954 am 9. Dezember 1953 erteilte – jenem Tag also, an dem nach fast zweijähriger Verhandlungsdauer auch das erste Handelsabkommen zwischen Frankreich und der DDR unterzeichnet wurde.¹²⁶ Im folgenden Jahr waren erstmalig einzelne ostdeutsche Aussteller auf der Messe vertreten. Eine Anfrage der DDR hinsichtlich einer offiziellen Vertretung auf der Messe wurde allerdings auch in den folgenden Jahren abgelehnt.¹²⁷ Zur Pflege der Kontakte setzte sich der Handelsrat der französischen Botschaft 1955 deshalb für einen Besuch des Leiters der Kammer für Außenhandel der DDR auf der Pariser Messe ein.¹²⁸

1955 erreichte die französische Präsenz auf der Leipziger Messe eine neue Qualität, obwohl auch in diesem Jahr einige Stände französischer Aussteller vom Handelsrat als ungenügend bewertet wurden. Zum ersten Mal seit Kriegsende war Frankreich mit einem eigenen Pavillon vertreten. Auf insgesamt 3000 Quadratmetern stellten unter anderem Renault, die Seidenindustrie aus Lyon sowie die elektrotechnische Industrie aus. Erstmals waren auch französische Journalisten zugegen. Aber auch dieses Mal scheint die britische Konkurrenz bei der Eroberung fernöstlicher Märkte in Leipzig erfolgreicher gewesen zu sein: Mit Informationsmaterial in chinesischer Sprache hatte der britische Pavillon zahlreiche Besucher aus China angezogen.¹²⁹ Tatsächlich reichte auch das französische Interesse an der Leipziger Messe weit über das Interesse am Handel mit der DDR hinaus. Leipzig war in den 1950er Jahren vor allem das Tor zu Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit ganz Osteuropa, der Sowjetunion und selbst mit China.

Der Besuch der Leipziger Messe durch französische Diplomaten wurde selbst von der französischen Botschaft in Bonn inzwischen als Notwendigkeit angese-

¹²⁵ AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 730, f. 169ff.: Note der S/DEUC, Sauvagnargues, vom 9. 5. 1953 für die DAEF.

¹²⁶ AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 733, f. 027: Note der S/DEUC vom 9. 12. 1953 für die DAEF.

¹²⁷ Ibid., f. 040f.: Note der DAEF vom 26. 10. 1954 für die DEU sowie Note der S/DEUC vom 29. 10. 1954 für die DAEF.

¹²⁸ AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 732, f. 106: Schreiben des Conseiller commercial der franz. Botschaft in Bonn, Lefort, vom 13. 5. 1955 an den Commissaire général du Comité permanent des foires à l'étranger.

¹²⁹ Ibid., f. 164ff.: Bericht des GMFB vom 5. 4. 1955 über die Leipziger Messe.

hen.¹³⁰ André François-Poncet ging es einerseits um Kontakte zu Politikern aus den Ostblockstaaten, die bei dieser Gelegenheit in entspannter Atmosphäre geknüpft werden konnten, und andererseits um die Möglichkeit, die Entwicklung der DDR aus der Nähe betrachten zu können.¹³¹ Wäre es nur um den Handel mit der DDR gegangen, wäre das Interesse an der Messe tatsächlich äußerst gering gewesen.¹³² Aber gerade wegen der genannten sekundären Motivationen bestand auch weiterhin ein vitales Interesse am Ausbau des bilateralen Handels zwischen beiden Staaten: Für eine gute Ausgangsposition auf der Leipziger Messe erschien ein gewisses Engagement in den bilateralen Handelsbeziehungen als unabdingbar. Die von der DDR anlässlich der Messe offen geäußerte Kritik am zu geringen Handelsvolumen wurde deshalb als Aufforderung zum Handeln unmittelbar nach Paris an die zuständigen Ministerien weitergeleitet.¹³³

Reisen zur Leipziger Messe erfreuten sich Mitte der 1950er Jahre bei französischen Diplomaten offensichtlich derart großer Beliebtheit, dass sich Maurice Couve de Murville als neuer Botschafter sogar genötigt sah, die Beteiligung auf die absolut notwendigen Personen zu beschränken.¹³⁴ Nachdem die Sowjetunion der DDR Ende 1957 die Befugnis übertragen hatte, Visa für die Einreise auf ihr Territorium selbst auszugeben, stellte sich die Frage der Teilnahme offizieller Persönlichkeiten und Beamten gelegentlich der Leipziger Frühjahrsmesse 1958 grundsätzlich neu. Das Außenministerium genehmigte nunmehr lediglich die Reise der für die Handelsbeziehungen unverzichtbaren Vertreter halbstaatlicher Institutionen wie etwa des CNCE.¹³⁵ Eine vollständige und dauerhafte Ablehnung von Reisen offizieller Vertreter nach Leipzig erschien allerdings selbst der politischen Abteilung des *Quai d'Orsay* als grundsätzlich abträglich für die französi-

¹³⁰ AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 733, f. 051 ff.: Schreiben der franz. Botschaft in Bonn, de Margerie, vom 18. 3. 1955 an das MAE, DEU: „Du moins Leipzig est-il maintenant un rendez-vous classé.“

¹³¹ AMAE, Europe 1945–1955, Allemagne de l'Est, 732, f. 134f.: Schreiben der franz. Botschaft in Bonn, François-Poncet, vom 30. 9. 1955 an das MAE, DAEF: „La Foire de Leipzig, excellent poste d'observation de l'évolution de l'Allemagne orientale, est également un point de contact très intéressant avec les pays de l'Est. À ce double titre, il est nécessaire que la France participe largement à chacune de ces manifestations. Le programme de notre Comité permanent des foires et expositions à l'étranger devrait tenir tout particulièrement compte de cette nécessité.“

¹³² Ibid., f. 136ff.: Bericht des Conseiller commercial der franz. Botschaft in Bonn, Lefort, vom 30. 9. 1955 über die Herbstmesse 1955: „Si la Foire de Leipzig se bornait à être un point de contact commercial avec l'Allemagne de l'Est, dont les possibilités économiques restent limitées, tant par la nature que par la volonté de son occupant, l'attrait de cette manifestation serait mince.“

¹³³ Ibid.: „Pour sa part, le gouvernement de la République démocratique, par la bouche de M. Rau, s'est plaint à juste titre de l'insuffisance du commerce avec la France et a manifesté tout spécialement son vif désir de l'intensifier. Si nous n'étions pas convaincus que nous avons, moyennant certaines précautions, une place à prendre ou à garder dans le monde oriental et un rôle à y jouer, les avances qui nous sont ainsi faites nous le prouveraient.“

¹³⁴ AMAE, RDA 1956–1960, 20, f. 012: Telegramm aus Bonn, Couve de Murville, vom 15. 2. 1957 für das GMFB.

¹³⁵ CAEF, Trésor, B 55827: Schreiben des MAE, DAEF, vom 19. 2. 1958 an das MinEF, Kabinett.

schen Interessen.¹³⁶ Zu einer Veränderung der französischen Position kam es indes in den folgenden Jahren nicht, da Großbritannien und die USA auch weiterhin auf offizielle Vertreter in Leipzig verzichteten. Als größter Nachteil, den das Ausbleiben eines solchen Vertreters in Leipzig mit sich brachte, wurde die dadurch provozierte intensivere Zusammenarbeit der französischen Aussteller mit der KfA-Vertretung in Paris angesehen, deren Position langfristig gestärkt werden würde. Dieses Argument sei jedoch, so François Seydoux, zu vernachlässigen, vor allem da die Leipziger Messe im Handel mit den osteuropäischen Staaten allmählich ihren exklusiven Charakter verliere.¹³⁷

Während die DREE bemüht war, interessierte Vertreter der französischen Wirtschaft von einer Teilnahme an der Messe abzubringen, bauten britische und belgische Unternehmer ihre Präsenz aus. Um den Wettbewerbsnachteil für Frankreich möglichst gering zu halten, wurde die politische Abteilung des *Quai d'Orsay* aufgefordert, eine gemeinsame Position der Westmächte herbeizuführen, um damit wieder ein Gleichgewicht herzustellen.¹³⁸ Dieses Unterfangen scheiterte jedoch an Großbritannien, da die britische Regierung keine Möglichkeit fand, den britischen Ausstellern eine Teilnahme zu untersagen.¹³⁹ Nachdem Frankreich bei dem Versuch, einen generellen Boykott der Leipziger Messe durch die NATO-Mitglieder zu erwirken, dementsprechend am britischen Veto gescheitert war, sah man die Verantwortung dafür nun bei der Bundesrepublik.¹⁴⁰ Es überrascht nicht, dass Großbritannien auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1961 unter den Ausstellern aus kapitalistischen Staaten am stärksten vertreten war. Die von Frankreich geforderten Sanktionsmaßnahmen hinsichtlich der Teilnahme westlicher Staaten an der Leipziger Messe beziehungsweise der Teilnahme der DDR an Messen in westlichen Staaten blieben somit aus – sie wären nur im Falle uneingeschränkter Solidarität möglich gewesen.

Der französische Handelsattaché in Berlin bedauerte umso mehr die kategorische Entscheidung der französischen Außenpolitik, auf einen Pavillon bei der Frühjahrsmesse zu verzichten. Um die Auswirkungen dieser Entwicklung auf die sich gleichzeitig gut entwickelnden Handelsbeziehungen möglichst gering zu hal-

¹³⁶ AMAE, RDA 1956–1960, 20, f. 018: Telegramm der S/DEUC, Jurgensen, vom 12. 2. 1958 an die franz. Botschaft in Bonn: „On peut, cependant, se demander s'il sera toujours souhaitable à l'avenir de n'envoyer aucun officiel à Leipzig. Le département et d'autres ministères ne peuvent négliger le fait que la France a depuis plusieurs années une représentation importante à la Foire et que les habitudes qui régissent nos relations avec l'étranger en matière de commerce extérieur nécessitent parfois le déplacement de quelques fonctionnaires. Une abstention totale et indéfinie de notre part à Leipzig risquerait ainsi d'être préjudiciable à nos intérêts.“

¹³⁷ *Ibid.*, f. 022f.: Schreiben der franz. Botschaft in Bonn, Seydoux, vom 14. 8. 1958 an das MAE, DEU.

¹³⁸ *Ibid.*, f. 047f.: Note der DAEF vom 7. 10. 1960 für die DEU: „Dans ces conditions, la direction des Affaires économiques et financières serait reconnaissante à cette direction [DEU] de bien vouloir lui faire savoir s'il ne serait pas possible de coordonner d'urgence, dans ce domaine également, les attitudes des puissances occidentales intéressées. Dans le cas contraire, il paraîtrait assez embarrassant de recommander au Comité des foires et aux exposants français de s'abstenir de toute participation.“

¹³⁹ *Ibid.*, f. 050f.: Note der DEU vom 20. 10. 1960 für den Generalsekretär des MAE.

¹⁴⁰ AMAE, RDA 1956–1960, 18, f. 201f.: Telegramm aus Bonn, Seydoux, vom 21. 11. 1960.

ten, setzte er sich für eine Ausweidlösung mithilfe des CNCE ein, die es Frankreich ermöglichen sollte, auch kurzfristig auf Veränderungen der westdeutschen Position zu reagieren.¹⁴¹

Die ostdeutsche Präsenz auf der Pariser Messe stand bereits seit dem Frühjahr 1960 unter scharfer Beobachtung.¹⁴² Man wollte vor allem eine politische Inanspruchnahme durch die Dekoration der Stände mit DDR-Fahnen vermeiden. Dennoch wurde im selben Jahr erstmals auch der Teilnahme ostdeutscher Aussteller an der Messe in Lyon zugestimmt. Bedingung war, dass die Ausstellungsfläche der DDR diejenige der Bundesrepublik nicht übertreffen würde.¹⁴³ Durch die am 8. September 1960 getroffene Neuregelung für die Vergabe von TTD – gültig auch für Händler und Aussteller aus der DDR – wurde die ostdeutsche Beteiligung an den französischen Messen jedoch erheblich erschwert. Ausnahmen sollten nur noch bei laufenden Verträgen und im Falle eines besonderen nationalen Interesses gemacht werden.¹⁴⁴

Die Messe als Handelsplatz und das wirtschaftliche Interesse

Der Bau der Berliner Mauer bestätigte das französische Außenministerium in seinem Bestreben, die Leipziger Messe zu boykottieren. Nur wenige Tage nach dem 13. August wurden entsprechende Maßnahmen ergriffen: Man intervenierte bei Handelskammern und Verbänden sowie bei den voraussichtlich teilnehmenden Unternehmen. Flüge nach Leipzig wurden verboten. Alle auch nur entfernt damit befassten Behörden wurden aufgefordert, umgehend verwaltungstechnische Maßnahmen zu ergreifen, die eine Teilnahme in Leipzig erschweren könnten.¹⁴⁵ Außerdem wurde zur Abschreckung potenzieller Teilnehmer ein Pressecommuniqué veröffentlicht, in dem man auf den mangelnden diplomatischen Schutz und damit verbundene Sicherheitsrisiken hinwies.¹⁴⁶ Tatsächlich konnte dieser Schutz auch vor dem 13. August 1961 nicht gewährt werden. Dass alle diese Maßnahmen weitgehend wirkungslos blieben, dürfte aber vor allem an den Ende August weit gediehenen Vorbereitungen für die Teilnahme an der im September stattfindenden Herbstmesse gelegen haben. Aus dem französischen Pavillon (*pavillon national*)

¹⁴¹ Ibid., f. 214 ff.: Schreiben des GMFB, Wetzel, vom 25. 11. 1960 an das MinEF, Service de l'expansion économique, foires et expositions: „Dans l'hypothèse politique favorable nous éviterons ainsi des répercussions évidentes et inéluctables qui ne manqueraient sans doute pas de peser sur nos relations commerciales par suite de notre absence et ne faciliteraient pas des échanges qui ont toujours été très laborieux à réaliser. Les perspectives économiques actuelles nous sont plus favorables avec la mise en vigueur des tranches du plan septennal consacrées aux importations de biens d'équipement, pour lesquels plusieurs de nos usines sont bien placées et manifestent un grand intérêt.“

¹⁴² AMAE, RDA 1956–1960, 20, f. 037: Schreiben des MAE, S/DEUC, de Leusse, vom 9. 3. 1960 an das MinInt, Direction du Personnel et des Affaires politiques.

¹⁴³ Ibid., f. 042: Note der DAEF vom 10. 6. 1960 für die DEU sowie Note der S/DEUC vom 14. 6. 1960 für die DAEF.

¹⁴⁴ Ibid., f. 049: Note der DEU vom 20. 10. 1960 für den Generalsekretär des MAE.

¹⁴⁵ AMAE, RDA 1961–1970, 93: Telegramm der S/DEUC vom 23. 8. 1961 an die franz. Botschaft in Bonn.

¹⁴⁶ Ibid.: Telegramm der S/DEUC vom 30. 8. 1961 an die franz. Botschaft in Bonn.

wurde nunmehr eine gemeinschaftliche Teilnahme (*participation collective*). Im Gegensatz zur britischen, belgischen oder italienischen Konkurrenz bauten die französischen Aussteller ihre Präsenz allerdings nur in sehr moderatem Maße aus.¹⁴⁷

Sehr viel problematischer war im Vergleich dazu die Situation des in Berlin wirkenden französischen Handelsattachés, dessen Anwesenheit in Leipzig für die ausstellenden französischen Unternehmen von größter Bedeutung war. Dass dieser seine Teilnahme in Leipzig absagen musste, lag jedoch nicht unmittelbar am Mauerbau. Nach dem 13. August hatte er noch zweimal an den regulären wöchentlichen Arbeitssitzungen in der Kammer für Außenhandel in Ost-Berlin teilgenommen, bevor man bei seiner dritten Grenzpassage am 31. August erstmals einen Identitätsnachweis verlangte und damit verweigerte, das diplomatische Kennzeichen an seinem Wagen weiterhin anzuerkennen.¹⁴⁸ Während seine Amtskollegen aus den anderen NATO-Staaten trotz Identitätskontrolle ihrer Tätigkeit in Ost-Berlin nachgehen konnten, musste der französische Handelsattaché auf Anordnung des Außenministeriums in den nächsten vierzehn Monaten seine Aktivitäten im anderen Teil der Stadt suspendieren und damit der westeuropäischen Konkurrenz das Feld räumen.¹⁴⁹ Alles Insistieren auf der Notwendigkeit, in den Beziehungen mit der DDR Konzessionen einzuräumen, war vergeblich.¹⁵⁰ Im Wirtschaftsministerium bezeichnete man die aus dieser Situation erwachsenden Schwierigkeiten als hausgemacht und kritisierte dementsprechend die starre Haltung der französischen Außenpolitik.¹⁵¹

Um der Forderung nach einem unbehelligten Grenzübertritt für den Handelsattaché Nachdruck zu verleihen, setzte das französische Außenministerium die DDR mit dem Status der KfA-Vertretung in Paris unter Druck: Als erste Gegenmaßnahme wurde beschlossen, künftig nur noch dem Leiter der KfA-Vertretung direkte Kontakte mit dem französischen Wirtschaftsministerium zu gestatten.¹⁵² Einen Monat später wurden die TTD/Visa für die Mitarbeiter der KfA-Vertretung nur noch für jeweils drei Monate verlängert.¹⁵³ Anfang 1962 wurde das Wirtschaftsministerium zudem aufgefordert, so weit wie möglich die Aktivitäten der KfA-Vertretung einzuengen.¹⁵⁴ Und schließlich wurden Visa für neue Mitarbeiter

¹⁴⁷ AMAE, RDA 1961–1970, 82: Schreiben des CNCE vom 2. 12. 1964 an die DREE, Toutay.

¹⁴⁸ CAEF, DREE, B 60409/2: Schreiben des Attaché commercial, Wetzels, vom 31. 8. 1961 an die KfA, Merkel.

¹⁴⁹ Ibid.: Note von Wetzels vom 28. 11. 1961 für Biclet: „La non-interruption de leur activité permet aux intéressés de plaider efficacement la cause de leurs propres usines au moment de la discussion, et d'éliminer dans une certaine mesure la concurrence française qui s'est vigoureusement manifestée depuis plus d'un an.“

¹⁵⁰ Ibid.: Note von Wetzels vom 8. 11. 1961: „Si, depuis mon arrivée à Berlin en janvier 1957, je n'avais accepté aucune concession dans les relations avec la chambre de commerce, nous n'aurions jamais pu travailler avec elle comme nous l'avons fait. À certaines occasions il faut savoir ‚jouer le jeu‘.“

¹⁵¹ Ibid.: Schreiben der DREE, Quioc, vom 24. 11. 1961 an den franz. Handelsattaché in Berlin, Wetzels; der Brief enthielt die Aufforderung ihn nach der Lektüre zu vernichten.

¹⁵² AMAE, RDA 1961–1970, 83: Note der S/DEUC vom 28. 11. 1961 für die DAEF, de Margerie.

¹⁵³ Ibid.: Schreiben der S/DEUC, Mille, vom 29. 12. 1961 an das MinInt.

¹⁵⁴ Ibid.: Note der S/DEUC vom 22. 2. 1962 für die DAEF.

gänzlich verweigert – bis im September 1962 von ursprünglich acht nur noch drei Mitarbeiter in Paris übrig blieben.¹⁵⁵

Nach dem Bau der Mauer wurde auch die Frage nach der Beteiligung ostdeutscher Firmen an den Messen in Paris und Lyon neu gestellt. Unter dem Eindruck der Ereignisse im August 1961 zunächst unmittelbar abgelehnt, erteilte die politische Abteilung des *Quai d'Orsay* im November 1961 eine Genehmigung unter strikten Auflagen.¹⁵⁶ Die verstärkte Überwachung des Auftretens der DDR auf den verschiedenen französischen Messen führte 1962 in Marseille sogar zu einem Polizeieinsatz.¹⁵⁷

In Vorbereitung der Leipziger Frühjahrsmesse 1962 sah man, angesichts des Scheiterns der im Herbst 1961 ergriffenen Maßnahmen, von weiteren Schritten ab, um die französischen Aussteller von einer Teilnahme abzubringen. Der Einfluss auf die im Ost-West-Handel spezialisierten Firmen war zu gering¹⁵⁸ und das Interesse französischer Wirtschaftskreise sowie der in die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen involvierten Fachministerien zu groß.¹⁵⁹ Man musste sogar feststellen, dass das Interesse an der Leipziger Messe seit dem Mauerbau noch gestiegen war; ganz im Gegensatz zu Berlin, das als Geschäftsplatz im Ost-West-Handel an Bedeutung verloren hatte. Die einzig Erfolg versprechende Maßnahme, mit der man die französischen Unternehmer von einer Teilnahme hätte abhalten können, nämlich die Verweigerung von Krediten für Geschäfte mit der DDR, war nicht praktikabel, weil sie einem Abbruch der bilateralen Handelsbeziehungen gleichgekommen wäre.¹⁶⁰

Umso intensiver setzte sich Frankreich nun im Rahmen der NATO für mehr „Disziplin“ unter den Westmächten hinsichtlich der Leipziger Messe ein. Der französische Vertreter bei der NATO wurde vom *Quai d'Orsay* aufgefordert, ausnahmslos alle Maßnahmen zu unterstützen, die einer von allen Mitgliedsstaaten getragenen Boykottierung hätten dienen können.¹⁶¹ Belgien, Italien und allen

¹⁵⁵ Ibid.: Telegramm der S/DEUC vom 31. 7. 1962 für das GMFB; sowie ibid.: Note des ATO, élément français, vom 14. 9. 1962 für das GMFB, Kauffmann.

¹⁵⁶ AMAE, RDA 1961–1970, 82: Note der S/DEUC, Mille, vom 14. 11. 1961 für die DAEF, Naggiar: „La situation générale à Berlin ne s'étant pas aggravée depuis deux mois et le recours aux contre-mesures envisagées paraissant moins imminent, la direction d'Europe estime que rien ne s'oppose, actuellement, à ce que des firmes est-allemandes soient admises à participer à des foires commerciales françaises.“

¹⁵⁷ Ibid.: Schreiben des MAE, de Beaumarchais, vom 7. 3. 1963 an die franz. Botschaft in Bonn.

¹⁵⁸ AMAE, RDA 1961–1970, 93: Note der S/DEUC vom 23. 12. 1961 für das Kabinett, Drommer: „Les participations officielles ou privées à la Foire de Leipzig posent, en revanche, un certain nombre de problèmes. [...] Certes, des démarches auprès d'organismes semi-publics ayant quelques influences sur les participants éventuels (CNCE, chambres de commerce, etc.) pourraient peut-être entraîner la défection de quelques firmes. Elles seraient toutefois de peu d'effet sur le noyau habituel de nos exposants, c'est-à-dire sur le groupe de maisons spécialisées dans les échanges Est-Ouest et contrôlées en fait par des agences, banques ou associations où l'influence communiste est certaine.“

¹⁵⁹ Ibid.: Note der S/DEUC vom 23. 12. 1961 für das Kabinett, Drommer: „D'ailleurs, les milieux industriels et commerciaux français, ainsi que leurs ministères de tutelle, continuent d'attacher une grande importance à la Foire de Leipzig.“

¹⁶⁰ Ibid.: Note der DAEF vom 22. 12. 1961 für die DEU.

¹⁶¹ Ibid.: Telegramm der S/DEUC, Soutou, vom 28. 12. 1961 für Brüssel (REPAN).

voran Großbritannien sahen in solchen Interventionen jedoch keinen Nutzen.¹⁶² Nach langen Diskussionen im politischen Rat der NATO einigte man sich am 6. Februar 1962 schließlich auf das Verbot einer offiziellen oder halboffiziellen Beteiligung aller Mitgliedsstaaten und auf die Verhinderung von Transporten nach Leipzig „so weit wie möglich“ (dies betraf vor allem Flüge). Eher pro forma wurde auch eine Empfehlung ausgesprochen, interessierten Unternehmen und Personen von der Teilnahme abzuraten.¹⁶³ Der *Quai d'Orsay* selbst hatte zuvor bereits den Präsidenten des nicht staatlichen CNCE sehr eindringlich dazu aufgefordert, von seinem geplanten Messebesuch und der Organisation einer „journée française“ auf der Messe abzusehen.¹⁶⁴

Während vor allem große westdeutsche Unternehmen die Frühjahrsmesse 1962 in beträchtlichem Maße boykottierten und auch die französische Beteiligung zurückging, nahm sowohl die britische als auch die italienische Präsenz auf der Messe erneut zu. Der Handelsattaché, der die Messe von West-Berlin aus beobachtete, schätzte den französischen, von privater Hand organisierten und finanzierten Auftritt dennoch als zufriedenstellend und auf die französisch-ostdeutschen Handelsbeziehungen abgestimmt ein. Zwar hätten die französischen Unternehmen in einer solchen Situation das Nachsehen gegenüber der sehr aktiven britischen Konkurrenz; die diskrete Treue, mit der bestehende Kontakte gepflegt und ausgebaut würden, werde sich aber auf lange Sicht auszahlen. In jedem Falle bleibe Leipzig nicht nur für die französischen Aussteller das Zentrum des Ost-West-Handels.¹⁶⁵ Nach diesem erneuten Misserfolg des Aufrufes zum Boykott sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene beschloss man im *Quai d'Orsay*, künftig ganz auf derartige Maßnahmen zu verzichten.¹⁶⁶

Mit der in den folgenden Jahren wachsenden Zahl französischer Aussteller und dem unverändert gültigen NATO-Beschluss vom Februar 1962 blieb aber das Problem einer Koordination des französischen Messeauftritts weiterhin bestehen. Das *Comité permanent des foires*, welches den französischen Messeauftritt im Auftrag des französischen Wirtschaftsministeriums von 1955 bis 1961 koordiniert hatte, war in den folgenden Jahren durch einen inoffiziellen Mitarbeiter des CNCE unter

¹⁶² Ibid.: Telegramm aus Brüssel (REPAN) vom 10. 1. 1962.

¹⁶³ Ibid.: Telegramm aus Brüssel (REPAN), de Leusse, vom 6. 2. 1962.

¹⁶⁴ Ibid.: Note der S/DEUC vom 22. 1. 1962; sowie *ibid.*, 82: Note der S/DEUC, Mille, vom 26. 1. 1962 für die DAEF, de Margerie.

¹⁶⁵ AMAE, RDA 1961–1970, 93: Bericht des Attaché commercial in Berlin, Wetzel, über die Frühjahrsmesse 1962, erstellt im Mai 1962: „Notre représentation est bonne, voire excellente, et correspond assez précisément aux besoins actuels d'industrialisation de la RDA, et le pavillon collectif réalisé à l'aide de fonds privés reste un succès. Le clearing franco-allemand souffre des difficultés d'élargissement de la palette des exportations est-allemandes et le manque permanent de devises limite les opérations exceptionnelles, qui récompenseraient la fidélité de certaines de nos sociétés. Cette situation exaspère un peu ces dernières, lorsqu'elles comparent leur position et leur attitude discrète à celles des Britanniques, dont la présence si active à Leipzig constitue maintenant un des éléments caractéristiques de l'exposition.“

¹⁶⁶ Ibid.: Note der S/DEUC, Mille, vom 14. 5. 1962 für REPAN: „La direction d'Europe estime que notre attitude dans cette affaire doit être essentiellement dictée par des soucis d'efficacité.“

der Bezeichnung *Comité France-Europe de l'Est* ersetzt worden, der diese Tätigkeit entgegen den offiziellen Richtlinien, aber mit dem stillschweigenden Einverständnis des Außenministeriums übernahm.¹⁶⁷ Zwar wurde die Messepräsenz in materieller Hinsicht auf privatwirtschaftlicher Ebene organisiert, der CNCE übernahm jedoch die für die französischen Aussteller wichtige Rolle einer koordinierenden Instanz.¹⁶⁸ Bis zum Beginn der 1970er Jahre blieb diese Situation unverändert.

Das mit zahlreichen Verträgen 1964 neu geweckte Interesse am Handel mit der DDR (nicht wenige dieser Verträge waren während der Messe in Leipzig unterzeichnet worden) hatte auch ein stärkeres Interesse an der Leipziger Messe selbst zur Folge. In Vorbereitung der Frühjahrmesse 1965 forderte der Direktor des CNCE deshalb mit Nachdruck eine Verbesserung der französischen Messepräsenz in organisatorischer Hinsicht. Während die Aussteller aus anderen westeuropäischen Staaten in den letzten Jahren ihre Messeauftritte trotz der internationalen Rahmenbedingungen erheblich ausgebaut hatten, wurde der Ausbau der französischen Präsenz in den Jahren nach dem Mauerbau mangels geeigneter Organisationsstrukturen vergleichsweise eingeschränkt. Um der Konkurrenz das Feld nicht kampflos zu überlassen und um dem französischen Auftreten mehr Kohärenz zu verleihen, müsse das CNCE wenigstens mit einem offiziellen Büro vertreten sein.¹⁶⁹ Eine entsprechende Anfrage wurde von der politischen Abteilung des *Quai d'Orsay* mit dem Hinweis auf die unveränderte Situation abgelehnt. Dabei dürfte die Kritik der Bonner Regierung am wenige Wochen zuvor geschlossenen Handelsabkommen mit der DDR eine entscheidende Rolle gespielt haben.¹⁷⁰ Aber obwohl der *Quai d'Orsay* an seiner ablehnenden Haltung auch noch in den folgenden Jahren festhielt, reisten seit Mitte der 1960er Jahre – gänzlich inoffiziell – wieder Mitarbeiter französischer Fachministerien nach Leipzig, um diskret die Interessen französischer Unternehmen zu verteidigen.¹⁷¹ Auch die französische Beteiligung wurde von Jahr zu Jahr umfangreicher. Seit Herbst 1965 stand Frank-

¹⁶⁷ AMAE, RDA 1961–1970, 82: Schreiben des CNCE vom 2. 12. 1964 an die DREE, Toutay: „Depuis quatre ans, les objections formulées par le ministère des Affaires étrangères ont pu être surmontées, comme vous le savez, grâce à la fiction consistant à placer l'agent du CNCE chargé de la tenue de ce bureau sous le sigle du Comité France-Europe de l'Est.“

¹⁶⁸ CAEF, DREE, B 60400/1: Schreiben des BEIF, Astolfi, vom 1. 12. 1971 für das Comité permanent des foires et manifestations économiques à l'étranger: „En fait les exposants sont recrutés par la représentation en France de la Foire de Leipzig, l'organisation matérielle étant assurée par une société de publicité qui s'est adaptée pour les besoins de la cause au rôle de l'entrepreneur. La présence morale et motrice des services officiels français était et reste assumée par le CNCE.“

¹⁶⁹ AMAE, RDA 1961–1970, 82: Schreiben des CNCE vom 2. 12. 1964 an die DREE, Toutay: „Il existe donc indiscutablement une poussée des milieux industriels et commerciaux d'Europe occidentale en direction de Leipzig.“

¹⁷⁰ Ibid.: Note der S/DEUC, Toffin, vom 11. 1. 1965 für die DAEF sowie Schreiben des MAE, DAEF, de Courson, vom 19. 1. 1965 für das MinEF, DREE: „[...] pour les motifs d'ordre politique que vous connaissez et en raison de la façon abusive et tendancieuse dont les autorités est-allemandes ont récemment exploité le renouvellement pour l'année 1965 des listes d'échange de marchandises entre notre pays et la zone, mon département ne peut que maintenir l'attitude très réservée prise, depuis quelques années, à l'égard de la manifestation commerciale de Leipzig.“

¹⁷¹ AMAE, RDA 1961–1970, 93: Note vom 2. 2. 1966.

reich nach der Bundesrepublik, gemessen an der Ausstellungsfläche, sogar an der Spitze der westlichen Aussteller. Vermöge der in Leipzig in der Vergangenheit gepflegten Kontakte erwuchs in diesen Jahren aus den Handelsbeziehungen ganz allmählich auch eine engere wirtschaftliche Kooperation zwischen der französischen und der ostdeutschen Industrie. Markstein dieser Entwicklung war die Unterzeichnung eines Vertrages über die Errichtung petrochemischer Fabriken in Schwedt durch Schneider-Creusot im Frühjahr 1966 in Leipzig – das erste Kooperationsabkommen in den französisch-ostdeutschen Beziehungen.¹⁷²

Die DDR hatte sich bei den französischen Ausstellern einen Ruf als exzellenter Handelspartner erworben, und damit wuchs nicht nur das Interesse der französischen Industrie an der Messe. Unter den französischen Besuchern der Messe befanden sich nun vermehrt auch Parlamentarier, die sich für eine Intensivierung der französisch-ostdeutschen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen einsetzten. Leipzig werde zweimal im Jahr, so ein französischer Diplomat aus Berlin, zur „größten Botschaft der Welt“.¹⁷³ Aus Sicht der französischen Beobachter in Berlin überwog bei aller Politisierung dennoch der wirtschaftliche Aspekt der Messe.

Von Jahr zu Jahr mehrten sich die Rufe französischer Institutionen und Ministerien nach einem offiziellen und damit verbesserten Messeauftritt Frankreichs in Leipzig. Begründet wurde dies mit der Entwicklung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zum gesamten Ostblock, wobei die Intensivierung der französisch-sowjetischen Beziehungen seit 1966 eine besondere Rolle gespielt haben dürfte.¹⁷⁴ Anlässlich der Frühjahrsmesse 1967 wurde eine Delegation des dem französischen Premierminister unterstellten Beauftragten für die Datenverarbeitungsindustrie nach Leipzig entsandt, die die Situation auf dem Markt der Ostblockstaaten eruieren sollte. Nebenbei berichteten die französischen Beamten auch von der Messe selbst, die sie als eine „neue Völkerschlacht“ beschrieben, die den Kalten Krieg auf dem Felde der Wirtschaft ablösen werde. Ihr nicht minder erstaunliches Fazit: 1813 dürfe sich nicht wiederholen – und deshalb müsse die französische Politik die französische Wirtschaft bei der Eroberung der staatssozialistischen Märkte nach Kräften unterstützen, wozu eben auch eine offizielle Teilnahme an der Leipziger Messe zähle.¹⁷⁵

¹⁷² Ibid.: Telegramm aus Berlin, Winckler, vom 9. 3. 1966: „Ces accords, dit-on, consacrent la collaboration plus intime entre l'industrie de la RDA et l'industrie française.“

¹⁷³ Ibid.: Schreiben des GMFB, Winckler, vom 29. 3. 1966 an das MAE, DEU: „Ville où le monde entier se rend deux fois par an, Leipzig n'est pas loin d'être la plus grande et la plus active ambassade du monde: elle venge ainsi Pankow de tous les refus essayés dans le domaine des relations diplomatiques et consulaires.“

¹⁷⁴ Ibid.: Note vom 21. 1. 1967 für Toffin: „L'évolution de nos relations commerciales avec les pays de l'Est justifierait néanmoins les efforts que le Comité des foires jugerait utile et peut-être une plus grande souplesse dans les autorisations à accorder à des fonctionnaires.“

¹⁷⁵ Ibid.: Note des Délégué à l'informatique vom 22. 3. 1967 für Galley mit einem Bericht von Falquet und Profit: „Leipzig 1967: nouvelle ‚bataille des Nations‘ qui s'est jouée à la Foire et, grâce aux prolongements qu'elle permet, bien au-delà, symbolisant la fin de la guerre froide sur le plan économique et commercial entre systèmes politiques et idéologies différentes. La France, cette fois-ci, ne doit pas y être vaincue, comme en 1813. [...] Grâce aux décisions qui seront prises, à partir de Leipzig 1967, l'industrie de l'informatique française pourra trouver sur les marchés concurrentiels de l'Est le supplément de

Tatsächlich änderte sich die Situation im Laufe des Jahres 1967 grundlegend. Schon zu Beginn des Jahres hatte die Bundesregierung zum ersten Mal die westdeutsche Wirtschaft ausdrücklich zur Teilnahme an der Leipziger Messe aufgefordert. Das wurde von der französischen Außenpolitik als eindeutiges Signal interpretiert, und es wurde als Argument benutzt, um Flüge von Paris nach Leipzig zu genehmigen.¹⁷⁶ Allerdings wurden entsprechende Flüge erst anlässlich der Frühjahrsmesse 1968 durchgeführt, und zwar wie schon vor Beginn der zweiten Berlin-Krise durch die polnische LOT.¹⁷⁷ Bereits zur Frühjahrsmesse 1967 reisten hingegen Vertreter der Ministerien für Industrie und Landwirtschaft – inoffiziell, aber mit Zustimmung des französischen Außenministeriums. Nach sechs Jahren erzwungener Abwesenheit nahm auch der Handelsrat der französischen Militärregierung in Berlin wieder an der Messe teil.¹⁷⁸ Zwar wurde bereits anlässlich der Verhandlungen über das Handelsabkommen für 1963 das Problem der ungehinderten Reisen französischer Diplomaten in Berlin auf bilateraler Ebene einvernehmlich geregelt. (Ein Jahr später durfte daraufhin wieder ein französischer Handelsattaché zu einem Arbeitstreffen nach Ost-Berlin reisen.¹⁷⁹) Seine Teilnahme an der Leipziger Messe wurde aufgrund der gültigen NATO-Beschlüsse indes auch noch in den folgenden Jahren durch das französische Außenministerium abgelehnt. In der Zwischenzeit bezog die französische Militärregierung in West-Berlin ihre Informationen über die Messe unter anderem über die in Potsdam stationierten Vertreter der französischen Militärmission bei der sowjetischen Hochkommandantur in Deutschland.¹⁸⁰ Obschon inoffiziell, wurde die Reise des Handelsrates im März 1967 nunmehr als wichtiges Zeichen einer fortschreitenden Normalisierung der Handelsbeziehungen mit der DDR gewertet.¹⁸¹

Im August 1967 signalisierte der westdeutsche Vertreter im *Groupe de Bonn* zudem das grundsätzliche Einverständnis seiner Regierung zur Organisation von

dimension nécessaire et la qualité indispensable qui garantiront la réussite du Plan calcul tant en France qu'à l'étranger.“

¹⁷⁶ AMAE, RDA 1961–1970, 94: Telegramm der S/DEUC, Tiné, vom 27. 11. 1967 an die franz. Botschaften in allen NATO-Mitgliedsstaaten.

¹⁷⁷ Ibid.: Telegramm der S/DEUC, Pagniez, vom 8. 2. 1968 an die franz. Botschaft in Bonn.

¹⁷⁸ Ibid.: Telegramm der DAEF, de Courson, vom 21. 2. 1967 an die franz. Botschaft in Bonn sowie Antworttelegramm vom 23. 2. 1967.

¹⁷⁹ AMAE, RDA 1961–1970, 82: Telegramm der S/DEUC, Laloy, vom 23. 1. 1964 an das GMFB; sowie ibid.: Telegramme aus Berlin, Winckler, vom 14. 2. und 20. 2. 1964 zur Grenzpassage des Handelsattachés auf dem Weg zu Gesprächen nach Ost-Berlin.

¹⁸⁰ CAEF, DREE, B 60400/1: Berichte der Mission militaire de liaison près le haut commandement soviétique en Allemagne an den Commandant en chef des forces françaises en Allemagne; zur Arbeit der französischen Militärmission cf. Faligot/Guisnel/Kaufer, Histoire politique des services secrets français, S. 438–443.

¹⁸¹ AMAE, RDA 1961–1970, 94: Schreiben von Prunet-Foch (DAEF) vom 25. 2. 1967 an Paquet (GMFB, Handelsrat): „On a estimé en effet, puisque vous devez vous occuper des affaires avec l'Allemagne de l'Est, qu'il était indispensable de vous laisser le moyen d'établir les relations nécessaires du côté allemand et du côté français dans le climat favorable de la Foire de Leipzig. [...] Malgré tout, ce caractère officieux, il est intéressant que vous puissiez vous rendre à Leipzig et je suis persuadé que votre récolte justifiera cette saine évolution de nos relations commerciales avec l'Allemagne de l'Est.“ Eine im CAEF aufbewahrte Kopie des Schreibens enthält die Anmerkung: „Mieux vaut tard!“ In: CAEF, DREE, B 60400/1.

Informationsbüros der NATO-Staaten auf der Leipziger Messe.¹⁸² Frankreich richtete daraufhin ein solches offizielles Informationsbüro, mit einem staatlichen Zuschuss in Höhe von 20 000 FF, erstmals zur Frühjahrsmesse 1968 ein. Geleitet wurde es durch Achille Astolfi, jenen Mitarbeiter des CNCE also, der bereits in den vorangegangenen Jahren die kollektive Teilnahme französischer Aussteller in Leipzig im Namen des *Comité France-Europe de l'Est* organisiert hatte.¹⁸³ Frankreich, vertreten durch zahlreiche große Unternehmen, befand sich weiterhin an erster Stelle unter den westeuropäischen Ausstellern, die Bundesrepublik ausgenommen.¹⁸⁴ 1969 konnte Frankreich seine „position de force“ noch ausbauen und rangierte nunmehr auf dem fünften Platz sämtlicher Aussteller hinter der Sowjetunion, der Bundesrepublik, der ČSSR und Polen. Von der ostdeutschen Politik mit großer Aufmerksamkeit bedacht, wurde der Messebesuch für die französischen Unternehmen, trotz insgesamt sinkender Teilnehmerzahlen und rückläufiger Ausstellungsfläche, zunehmend durch Vertragsabschlüsse gekrönt.¹⁸⁵ In seinem Bericht über die Frühjahrsmesse 1969 setzte sich der französische Handelsrat intensiv mit der westdeutschen Kritik an der Messe auseinander, wonach Leipzig zwar Kontakte, aber keine Kontrakte einbringe, und kam zu dem Schluss, dass die französisch-ostdeutschen im Gegensatz zu den innerdeutschen Handelsbeziehungen mehr Ausbaupotenzial hätten, Frankreich demzufolge von der Messe in viel stärkerem Maße profitieren könne als die Bundesrepublik.¹⁸⁶ Das eigentliche Problem für die französische Wirtschaft, auch auf der Messe, sei die Allgegenwart der westdeutschen Konkurrenz. Auch im Hinblick auf das dem gesamten Ostblock zu vermittelnde Bild der französischen Industrie bestehe deshalb die dringende Notwendigkeit, die französische Messepräsenz qualitativ zu verbessern.¹⁸⁷ Dazu zählte auch die Anwesenheit von höherrangigen Vertretern der zuständigen französischen Institutionen und Fachministerien, das heißt von politischen Vertretern.

¹⁸² AMAE, RDA 1961–1970, 93: Telegramm aus Bonn, d'Aumale, vom 16. 8. 1967.

¹⁸³ Ibid.: Note der DAEF, de Courson, vom 9. 2. 1968 für die DEU.

¹⁸⁴ Ibid.: Schreiben des GMFB, Toffin, vom 19. 4. 1968 für das MAE, DEU; u. a. vertretene Unternehmen: Alcatel, CGE, Alsthom, OTUA, ENSA, CIFAL, SORICE, Sofretube, Syndicat des constructeurs de transmissions hydraulique et pneumatiques, Kleber-Colombe, Renault, SIMCA.

¹⁸⁵ AMAE, RDA 1961–1970, 94: Schreiben des GMFB, Toffin, vom 2. 4. 1969 für das MAE, DEU: „Mais la présence française ne s'est pas bornée à ces manifestations de caractère spectaculaire. Selon notre conseiller commercial, plusieurs contrats relativement importants, dont la conclusion était jusqu'alors incertaine, ont été signés à Leipzig même.“

¹⁸⁶ Ibid.: Bericht des Handelsrates beim GMFB, Bourg, vom 29. 3. 1969 für DREE, Industrie, CNCE sowie verschiedene franz. Botschaften über die Frühjahrsmesse 1969: „Il convient de faire la part des ressentiments et arrière-pensées de ces conclusions où le scepticisme par trop affirmé ne rend pas un compte exact des possibilités réelles et actuelles offertes par cette manifestation. [...] dans le cas de la France [...] la Foire de Leipzig prend un tout autre aspect et présente des attraits plus marqués.“

¹⁸⁷ Ibid.: „Dans ces conditions j'estime qu'un choix devrait être fait à la fois au niveau des professionnels et des autorités de tutelle. Comme les Italiens et les Allemands de l'Ouest, nous devrions, à mon sens, nous efforcer d'affronter la concurrence sans complexes, en nous présentant, vraisemblablement groupés, dans chaque hall technique spécialisé. [...] Parallèlement nous nous assurerons une emprise plus forte sur un marché où des considérations politiques connues offrent actuellement une chance qu'il convient de saisir.“

Erst die Absicht des *State Department*, zwei Diplomaten zur Herbstmesse nach Leipzig zu entsenden, ermöglichte es dem GMFB, offen eine Revision der bisher gültigen Position des französischen Außenministeriums in dieser Frage zu fordern.¹⁸⁸ Anlässlich der Frühjahrsmesse 1970 durften daraufhin zwei Vertreter der politischen Abteilung der französischen Militärregierung der Leipziger Messe einen offiziellen Besuch abstatten – es waren die ersten französischen Diplomaten seit vierzehn Jahren.¹⁸⁹

Gänzlich unverändert blieb bis zum Ende der 1960er Jahre die vom französischen Außenministerium 1959 eingenommene Position hinsichtlich der ostdeutschen Präsenz auf französischen Messen. Als die DDR im Herbst 1968 erstmals an der Messe in Strasbourg teilnahm, sah sich der *Quai d'Orsay* sogar veranlasst, an die strikte Einhaltung der Verhaltensmaßregeln für die DDR aus der Zeit der zweiten Berlin-Krise zu erinnern.¹⁹⁰ Der Nachdruck, mit dem dies eingefordert wurde, lässt sich mit dem Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei wenige Tage zuvor in Verbindung bringen – ein Ereignis, das im Übrigen jedoch keinerlei Auswirkungen auf die bilateralen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen hatte. Anlässlich der Pariser Messe 1969 setzte sich das französische Wirtschaftsministerium im Interesse französischer Unternehmen erstmals für eine politische Konzession zugunsten der DDR ein: Nachdem Gerhard Beil aufgrund seines Rangs als Vize-Minister bereits die Reise zur Unterzeichnung des Handelsabkommens nach Paris im Januar 1969 verwehrt geblieben war, sollte er wenigstens an der Messe im Mai desselben Jahres teilnehmen können. Hintergrund waren unter anderem laufende Verhandlungen mit Schneider-Creusot. Das Wirtschaftsministerium argumentierte jedoch vor allem mit der Notwendigkeit einer Geste gegenüber der DDR, die sich ihrerseits im Zusammenhang mit dem französischen Messeauftritt in Leipzig sehr entgegenkommend gezeigt habe.¹⁹¹

Die Leipziger Messe hatte einen großen Anteil an der Entstehung des in Frankreich bis 1989 fortwirkenden Bildes von der DDR als bedeutender Industriemacht und exzellentem Handelspartner. Festgeschrieben wurde dieses Bild unter anderem durch Schulbücher, in denen die DDR häufig undifferenziert als die zweite Wirtschaftsmacht des Ostblocks nach der Sowjetunion und als größter Exporteur der Volksdemokratien sowie als eine der zehn bedeutendsten Wirtschaftsmächte im weltweiten Vergleich dargestellt wurde.

¹⁸⁸ AMAE, RDA 1961–1970, 94: Schreiben des GMFB, Toffin, vom 15. 9. 1969 für das MAE, DEU.

¹⁸⁹ Ibid.: Schreiben des GMFB, Toffin, vom 18. 3. 1970 für das MAE, DEU: „L'expérience tentée par mes deux collaborateurs s'étant révélée positive, je ne verrais que des avantages à ce qu'elle soit reprise à l'occasion des prochaines foires de Leipzig d'autant plus que le caractère particulier de ces foires incite les autorités est-allemandes à éviter aux étrangers les formalités ou les tracasseries administratives habituelles en RDA à d'autres moments de l'année.“

¹⁹⁰ AMAE, RDA 1961–1970, 84: Note der S/DEUC vom 27. 8. 1968 für die DAEF, d'Aumale; die ostdeutsche Beteiligung nahm das Auswärtige Amt zum Anlass, über eine westdeutsche Beteiligung intensiv nachzudenken, cf. PA/AA, B 24, 629: Note der Abt. I A 3 vom 30. 8. 1969 an die Abt. III A 1.

¹⁹¹ CAEF, DREE, B 54922: Schreiben des MinEF, DREE, Chapelle, vom 23. 4. 1969 an das MAE, DAEF, Brunet.